

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 42.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 18. Oktober 1913.

Redakteur: A. Gutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Allen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

## Zur Machetat des entlassenen Verbandsbeamten Köhling.

Ein andres Antlitz, eh' sie gesehen,  
Ein anderes zeigt die vollbrachte Tat.  
Mutvoll blickt sie und läßt dir entgegen,  
Wenn der Mache Gesühle den Wusfen bewegen;  
Aber ist sie gesehen und begangen,  
Blickt sie dich an mit erblickenden Wangen.  
(Schiller.)

Ob Köhling seiner Tat froh sein wird? Wir glauben es nicht. In den Augen aller rechtlich denkenden Menschen ist er gerichtet. Selbst einige sozialdemokratische Gewerkschaftsblätter schütteln ihn gründlich ab. Die rote Parteipresse hält ihn allerdings hoch. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband preist ihn als einen mutigen Mann. Aus Haß gegen uns. Er beutet Köhling aus. Und wenn er ihn genug gebraucht hat, dann gibt er ihm einen Fußtritt. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.

Die Klage gegen Köhling und mehrere Zeitungen, die seine Anschuldigungen weiterverbreiteten, ist eingereicht. Wir schließen nunmehr die Akten über Köhling's Schandschrift solange, bis das Gericht gesprochen. Nur wenn es unbedingt nötig sein müßte, würden wir uns mit Köhling vorher noch beschäftigen.

### Der Verbandsauschuß zur Köhling'schen Schandschrift.

Am Sonntag, den 12. Okt., hat der Verbandsauschuß zu der Köhling'schen Broschüre Stellung genommen. Das Ergebnis der mehrstündigen Beratungen kommt in folgender Erklärung zum Ausdruck:

Düsseldorf, den 12. Oktober 1913.

Die Verfassungskommission (Verbandsauschuß) des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter beschäftigte sich heute in einer mehrstündigen Sitzung mit dem „Fall Köhling“.

Nach eingehender Prüfung des vorliegenden Materials, insbesondere auch der Protokoll- und Rassenblätter, kam die Kommission zu folgendem Resultat:

Sie ist einstimmig der Ansicht, daß die in der Köhling'schen Broschüre gegen den Zentralvorsitzenden Schiffer erhobenen Anschuldigungen vollständig haltlos sind. Es ist nach Lage der Dinge ganz ausgeschlossen, daß Kollege Schiffer in der Geldschrankgeschichte als Schuldiger in Frage kommen kann. Bei den in der Broschüre enthaltenen übrigen Anschuldigungen, die sich zum Teil gegen den gesamten Zentralvorstand richten, handelt es sich entweder um direkte Unwahrheiten oder um Uebertreibungen und Entstellungen.

Der Verbandsauschuß heißt den Beschluß des Zentralvorstandes, gegen Köhling und die Weiterverbreiter der Verleumdungen klagbar vorzugehen, einstimmig gut. Er fordert die Mitglieder auf, der gegnerischen Hege in energischer Weise entgegen zu treten und in alter Treue mit der Verbandsleitung zusammen für den Ausbau und die Stärkung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter rege tätig zu sein.

Gustav Waller-Barmen Hermann Sparenberg-Dresden  
Vorstandsvorsitzender Schriftführer.

Peter Zimmermann-Düren (Vize), Joseph Förstner-  
M. Gladbach, Joseph Wessendorf-Greven i. W., Heinrich  
Görz-Biersen. Andr. Gule-Meumünster.

### Sozialdemokratische Urteile über die Broschüre Köhlings.

Die Broschüre Köhlings war eine Machetat. Das haben wir an der Spitze der vorigen Nummer unseres Blattes genügend dargetan. Und Beschuldigungen gegenüber, die solchen niederen Motiven entspringen sind, ist immer Vorsicht am Platze. Es war darum objektiv gehandelt, als der „Gewerkverein“, das Zentralorgan der Hirsch-Dunckerschen Organisationen, in Nr. 80 1913 schrieb: „Es widerstrebt uns, solche von entlassenen Beamten verfaßte Schriften, die ihren Ursprung oft der Verärgerung und Erbitterung verdanken, gegen den Gegner auszuspielen, so lange sich derselbe nicht geäußert hat.“ Diese Objektivität haben wir — wie nicht anders zu erwarten war — auf sozialdemokratischer Seite vermisst. Einige sozialdemokratische Gewerkschaftsblätter machen eine rühmliche Ausnahme. So der „Proletarier“, das Organ des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes. Dieser sagt, was Köhlings Schandschrift über unsern Kollegen Schiffer enthalte, klinge fast wie ein Kapitel aus einem Kriminalroman. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Danach soll Schiffer nicht nur Verbandsakten auf Progenten sich gekauft, sondern auch die zweiten Schlüssel zum Geldschrank ohne Wissen des Kassierers im Besitz gehabt haben. Zwar behauptet K. nicht, daß Schiffer den Geldschrank nun auch geplündert habe, aber er teilt mit, daß wiederholt Geldbeträge aus dem Schranke verschwunden sind und überläßt es dem Leser, den Zusammenhang mit dem Schlüsselbesitzer zu finden. Damit ist die Schrift eigentlich schon gekennzeichnet. Es ist die Mache eines Menschen, der sich mit seinen seitherigen Freunden und Gesinnungsgenossen überworfen hat. Solchen schriftlichen „Rechtfertigungen“ gegenüber ist immer Mißtrauen am Platze. Vor allem dann, wenn sie so unverkennbar persönlich zugespitzt und zweideutig formuliert sind, wie die des Köhling. Wir lehnen es deshalb nicht nur ab, uns die Anschuldigungen gegen Schiffer zu eigen zu machen, sondern wir verzichten auch gern darauf, sie hier im einzelnen wiederzugeben.“

Noch schärfer verurteilt die „Holzarbeiter-Zeitung“, das Organ des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, die Köhling'sche Handlungsweise. Das Blatt schreibt in ihrer Nr. 41 vom 11. Okt.:

„Wir müssen offen gestehen, daß uns der Verfasser der Schrift nicht sonderlich sympathisch erscheint. Es macht immer einen unangenehmen Eindruck, wenn jemand, der eine Reihe von Jahren im Dienste einer Organisation stand und von unfauberen Dingen Kenntnis hatte, ohne sich an ihnen zu stoßen, dann plötzlich moralische Anwandlungen bekommt, wenn er mehr oder weniger freiwillig aus dem Dienst dieser Organisation ausgeschieden ist. Man wird Entstellungen solcher Leute von vornherein ein gewisses Mißtrauen entgegenbringen.“

Dieser Charakteristik haben wir nichts beizufügen, sie stimmt mit der unsrigen überein. Auf die Bemerkungen, die der „Proletarier“ und die „Holzarbeiter-Zeitung“ über unsere Streifstatistik bringen, haben wir in der vorigen Nummer (siehe: „Köhling über die Streifstatistik unseres Verbandes“) bereits das nötige gesagt.

### Ein sauberer Plan.

Auch der „Proletarier“ ist der Ansicht, daß die Köhling'sche „Rechtfertigung“ ein Macheteakt ist und darum Mißtrauen verdient, besonders auch, weil sie persönlich zugespitzt und zweideutig formuliert ist. Und trotzdem fand sich der sozialdemokratische Parteiverlag in Düsseldorf freudig bereit, die Verleumdungsbroschüre in 250 000 Exemplaren herzustellen; trotzdem zögerte der sozialdemokratische Textilarbeiterverband keinen Moment, das

Machete in ganz Deutschland zu verbreiten. Auch ein sozialdemokratisches Pressebüro bemächtigte sich der Sache. Ohne die geringsten Gewissenskrüppel lancierte dieses allerhand sensationell aufgepußte Artikel mit markt-schreierischen Ueberschriften in die gesinnungsverbundene Presse. Also, ob schon Mißtrauen am Platze und die Köhling'sche Broschüre zweideutig geschrieben ist, wurde diese nach echter Strauchritterart in Massen verteilt, noch bevor sich der Angegriffene zu äußern vermochte. Die Verteilung war systematisch organisiert. Es zeigt dies, daß unsere Gegner dabei einen bestimmten Plan verfolgten. Nicht der Person Schiffers allein, unserm Verband galt der Schlag. Das geht klar hervor aus einem Zirkular, das der Beamte des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, Heinz Mathies aus Rheine (Westfalen), an seine Mitglieder versandte. Das Zirkular enthält zunächst direkte Beschuldigungen, für die der Verfasser sich noch an anderer Stelle zu verantworten haben wird. Dann werden die schmutzigen Motive der sozialdemokratischen Hege in folgenden Worten offenbar:

„Soweit der Vorrat reicht, soll diese Broschüre an unsere Mitglieder und an die christlich Organisierten verteilt werden. Die Broschüre wird sein ein vernichtender Schlag für den christlichen Textilarbeiterverband!“

Kollegen, wenn wir dies richtig ausnutzen, so können wir mit einem Schlage die christliche Organisation vernichten! Dieser Schlag soll im ganzen Reiche am Sonntag ausgeführt werden.

Morgen (Freitag) abend wollen wir erst das Nähere besprechen. Ich hoffe ganz bestimmt, daß Du erscheinen wirst. Also Freitag abend 8 1/2 Uhr bei Hermes. Der Schlag muß wuchtig geführt werden.“

Das ist also der Zweck der Uebung! Der christliche Textilarbeiterverband soll vernichtet werden. Gut, daß die roten Herrschaften ihren sauberen Plan so offen aussprechen. Unsere Mitglieder wissen nun, was sie sowohl von dem Köhling'schen Macheteakt als auch von dem heuchlerischen Geschimpfe der „Genossen“ zu halten haben. Sie werden schon dafür sorgen, daß der „Schlag“ der Genossen ein Schlag ins — Wasser wird.

### Ein Stimmungsbild aus dem Münsterlande.

Unsere Mitglieder schätzen die Machetat Köhlings richtig ein. Sie sind empört. In zahlreichen Zuschriften aus dem ganzen Verbandsgebiete kommt das zum Ausdruck. Aus preßgesetzlichen Gründen können wir die Bezeichnungen, mit denen Köhling und seine Broschüre belegt werden, nicht alle wiedergeben. Sie würden Köhling nicht wie liebliche Musik in die Ohren klingen. Die Handlungsweise Köhlings erfährt in unseren Mitgliederkreisen nur eine Stimme der Verurteilung und Verachtung. Sie vermag die Treue unserer Mitglieder zum Verbandsverband und seiner Leitung nicht wankend zu machen.

In Münster hat am Sonntag, den 5. Oktober, eine außerordentliche Bezirkskonferenz stattgefunden, um zu der Köhling'schen Broschüre Stellung zu nehmen. Die Konferenz nahm einstimmig eine Resolution an, worin die Ansicht der Teilnehmer dahin zum Ausdruck kam, daß den Verdächtigungen Köhlings keinerlei Glauben beizumessen sei, weil sie allzusehr von Haß und Rachsucht diktiert worden seien. Die Konferenz sprach ferner ihre „höchste Enttäuschung darüber aus, daß Köhling jetzt den Versuch mache, das niederzuzerren, was er selbst in 13-jähriger Arbeit mit habe aufbauen helfen.“ Einem solchen Menschen könne man keinen Glauben schenken. „Alle Delegierten werden dafür sorgen, daß weder . . . Köhling noch der sozialdemokratische Textilarbeiterverband das Vertrauen der Arbeiter zur Verbandsleitung

O weh der Lüge! Sie befreiet nicht,  
Wie jedes andre wahr gesprochne Wort,  
Die Brust; sie macht uns nicht getrost, sie ängstet  
Den, der sie heimlich schmiedet, und sie lehrt,  
Ein losgedrückter Pfeil, von einem Gotte  
Gewendet und versagend, sich zurück  
Und trifft den Schützen. Goethe.

zu untergraben imstande sein werden. Nach wie vor schenken die Delegierten der Verbandsleitung sowohl als auch dem Zentralvorstandes volles Vertrauen.

Am 28. September fand in Coesfeld die ordentliche Jahreskonferenz des Bezirks Bocholt-Gronau statt. Hier fand folgende Resolution ebenfalls einstimmige Annahme:

„Die am 28. September in Coesfeld tagende ordentliche Bezirkskonferenz des V. Verbandsbezirks nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von den Verleumdungen und Verdächtigungen, die der seines Postens enthobene frühere Verbandsbeamte Röhling in einer Broschüre gegen unsere Verbandsleitung und spez. gegen den Kollegen Schiffer erhebt. Indem die Konferenz ihrem Befehl der Verachtung für die Handlungsweise R. zum Ausdruck bringt, erklärt sie zugleich, daß die in der Broschüre erhobenen Vorwürfe, die übrigens vom Zentralvorstande geprüft und für vollständig grundlos befunden wurden, keineswegs in der Lage sind, das Vertrauen der Mitglieder zum Verbands- und zum Kollegen Schiffer auch nur im geringsten zu erschüttern.

In Bocholt i. Westf. ließ der „deutsche Verband“ die Broschüre in 8000 Exemplaren verbreiten. Wie das auf unsere Mitglieder wirkte, kam in einer Versammlung, am 27. September zum Ausdruck, die von über 2000 Personen besucht war. Die Versammlung gestaltete sich zu einer glänzenden Vertrauenskundgebung für den Verband und seine Leitung, spez. für den Kollegen Schiffer. Dort wurde einstimmig und unter donnerndem Beifall folgende Entschließung angenommen:

„Die von rund 2000 Personen besuchte Mitgliederversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes nimmt mit Enttäuschung Kenntnis davon, daß ein seines Postens enthobener früherer Verbandsbeamter aus niedriger Rachsucht eine Broschüre hat erscheinen lassen, worin gegen den Verband und seine Haltung, spez. gegen den Kollegen Schiffer, die schlimmsten Verdächtigungen beweislos erhoben werden. Die Tatsache, daß der Zentralvorstand des Verbandes die in der Broschüre erhobenen Behauptungen eingehend geprüft und für vollständig haltlos gefunden hat, veranlaßt die Versammlung, die in der Schundbroschüre enthaltenen Verleumdungen mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Die Versammlung spricht dem christlichen Textilarbeiterverbande und seiner Leitung, spez. dem Kollegen Schiffer, ihr uneingeschränktes Vertrauen aus.“

Das ist ein Stimmungsbild aus Westfalen. Unsere Leute dort stehen in alter Treue zum Verbands- und seiner Leitung. Und gerade hier wählen die Genossen unter Aufbietung aller Kräfte. Hier wollte Genosse Mathies die Röhling'sche Broschüre zu einem vernichtenden Schlag gegen die verhasste christliche Organisation benutzen. Wie schmächtig hat er sich getäuscht. Es werden schon andere Sachen als Röhling'sche Enthüllungen und andere Leute als Duzendagitatoren vom Schlage des Genossen Mathies kommen müssen, wenn man unserem christlichen Textilarbeiterverbande im Münsterlande „einen vernichtenden Schlag versetzen“ will.

### Aus dem übrigen Deutschland.

Nicht nur im Münsterlande, auch im übrigen Deutschland stehen unsere Mitglieder unerschütterlich fest und treu zur Fahne. Sie haben nur ein Wort des Abscheues für die Röhling'sche Handlungsweise.

Interessant ist die Wirkung der Broschüre in Aachen. Dort stand die Arbeiterkraft gerade in den Krankenkassenwahlen. Die Broschüre ist von den Genossen in Massen verteilt worden. Die saftigsten Brocken wurden herausgeholt und in Zeitungsartikeln und Flugblättern mit einer pikanten Sauce versehen. Aber was hat man mit diesen traurigen Mitteln erreicht? Wie noch bei keiner anderen Wahl war eine Begeisterung der christlich-nationalen Arbeiter zu konstatieren. Die Wahlbeteiligung war größer als je. 11561 Stimmen entfielen auf die christliche Liste; mit ganzen 4020 Stimmen mußten sich die Genossen abfinden. In diesem glänzenden Resultat für die christlichen Arbeiter und dem blamablen Scheitern der Sozialdemokraten liegt die Antwort der Aachener christlichen Arbeiter auf das Röhling'sche Machwerk.

Charakteristisch für die Stimmung in Aachen ist folgende Karte, die uns von fünf, an der Wahlarbeit beteiligten Kollegen zugesandt wurde:

„Einfach herrlich geht unsere Wahl zur Krankenkasse. Gelle Begeisterung. Harte Schläge erhalten die Rotten. Sie sind aus Rand und Band. Unsere Kolleginnen wählen in Massen. Die Liste A. ist Trumpf. Das ist die Wirkung der letzten Lügen. Also freudig weiter.“

Für übrigen hat sich in der letzten Woche kein Mitglied abgemeldet. Die allerbesten Grüße.“

Die größte Enttäuschung über die Röhling'sche Machetate kommt in einem Schreiben aus Stolzhelm bei Guskirchen zum Ausdruck. „Mit Bedauern erfahren wir aus beiliegender Broschüre“, so schreiben die Kollegen, „mit welcher Hege gegen unseren Zentralvorstand und dessen Mitglieder vorgegangen wird. Daß ein Beamter sich zu einem solchen Judasstreich hat verleiten lassen! Wir sprechen unserem Zentralvorstande die größte Sympathie aus und halten mit Treue und Liebe an unserm Verbands- und seiner Leitung fest.“

Aus Düren, einer bedeutenden Textilindustriestadt, erhielt der Zentralvorstand folgendes Schreiben:

„Der Vorstand, die Vertrauenspersonen und die Agitationskommissionen Düren sind in der am Freitag, den 3. Oktober, stattgefundenen Versammlung einmütig zu der Ueberzeugung gekommen, daß die in der Röhling'schen Broschüre enthaltenen Beschuldigungen und Verdächtigungen des Zentralvorstandes, insbesondere aber des Kollegen Schiffer, vollständig haltlos sind und sich bei der Gerichtsverhandlung als einen niedrigen Machetate erweisen werden.“

Die Versammlung begrüßt die in der Angelegenheit vom Zentralvorstand und vom Kollegen Schiffer unternommenen Schritte und verspricht wie bisher so auch fernerhin treu und fest zum Verband und seiner bewährten Leitung zu stehen.

Sie versichert ferner demselben das vollste Vertrauen aller Mitglieder unserer Ortsgruppe.“

Interessant ist, wie die Broschüre in jenen Bezirken aufgenommen wurde, in denen Röhling früher gearbeitet hat. So schreibt man aus Ottersbach (Wfalz) folgendes: Zeile ihnen kurz mit, daß bei uns noch keine von diesen Broschüren ausgeteilt worden ist. Er wird sich auch wohl hüten, denn er hat ja keinen guten Ruf bei der hiesigen Arbeiterschaft zurückgelassen wegen der letzten Vorgänge auf der Lampertsmühle. Ottersbach gehörte zum früheren Röhling'schen Bezirke. Aus dem Abtate schreibt man uns, daß sich Röhling dort vor Jahren schon unmöglich gemacht habe.

Aus Schiffel teilt uns der Vorsitzende mit, daß die Broschüre vom „deutschen“ Verbands verteilt worden sei, aber, so heißt es dann weiter, „sie läßt uns kalt. Es würde den Voten ja eine Freude sein, wenn sie ihre abnehm schon kopfschauen Leute wieder einmal von der eigenen Misere ablenken könnten, um im Trüben zu fischen. Aber ich glaube, sie haben sich verrechnet. Nun erit recht drauf und dran und keinen Bollbreit Pardon gegeben. Jetzt heißt es, fest und unentwegt zusammenstehen, um den hinterlistigen Angriff abzuwehren.“ In Grefrat ist man der Hoffnung, daß wir diesen Angriff recht bald glücklich überwunden haben werden. In einer Mitgliederversammlung hat man sich mit der Broschüre befaßt. Die Stimmung sei gut. In Schlesien hält man, wie man uns mitteilt, die Broschüre für einen häßlichen Ausschrei eines verärgerten Menschen. Aus Delmenhorst teilt uns der Vorsitzende mit, daß eine gut besuchte Mitgliederversammlung ihre Enttäuschung über die Röhling'sche Broschüre und ihr volles Vertrauen zum Verbands und seiner Leitung ausgesprochen habe. Zum Schlusse von den vielen Zuschriften aus Bayern nur eine und zwar aus Friedberg bei Augsburg. Auch dort ist die Broschüre vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande verteilt worden. Die Wirkung schildert die Zuschrift des Kollegen in folgenden Zeilen.

„Wegen dieser Subelbroschüre brauchen Sie sich keinen Kopfschmerz zu machen. Deswegen tehen uns die Kolleginnen und Kollegen nicht den Rücken. Sie glauben die Verdächtigungen einfach nicht. Viele haben mir gesagt, dieser Schund sei ihnen zu dumm. Ich kann Ihnen versprechen, daß wir nun erst recht mit Mut und Begeisterung an die Agitationsarbeit herantreten, um unseren Verband zu stärken. Wir schlachten die Röhling'sche Broschüre gegen die Genossen aus.“

Das sind nur einige Zuschriften von den vielen, die unserer Zentrale tagtäglich zugehen. Unsere Mitglieder stehen treu zum Verbands und seiner Leitung. Daran wird auch das elende Broschürchen Röhlings nicht rütteln können.

### Die christliche Gewerkschaftspresse

verurteilt die Handlungsweise Röhlings mit scharfen Worten. Röhling selbst kommt dabei nicht ganz glimpflich weg. Was man über ihn als Person sagt, ist gerade keine Empfehlung für ihn, nicht einmal bei den Genossen. Die Entlassung Röhlings sei von Rechtswegen erfolgt, weil er sich in den verschiedensten Stellungen abgewirtschaftet, unmöglich gemacht habe. Um nun sein Rachegefühl zu befriedigen, sei er sofort zu den Sozialdemokraten gegangen und habe gegen den Vorsitzenden Schiffer des Textilarbeiterverbandes die Subelbroschüre erscheinen lassen. „Die ungeheuerlichen Vorwürfe, die der Verfasser darin erhebt, klingen ganz ungläublich und können bis auf weiteres nur rein referierend wiedergegeben werden.“ So äußerte sich die sozialdemokratische „Rhein. Zeitung“ in Köln (Nr. 225, 1913) unter dem ersten Eindruck des Röhling'schen Machwerkes.

„Aber trotzdem.“ so bemerkt dazu die christliche Gewerkschaftspresse, „sind sich der sozialdemokratische Parteiverlag in Düsseldorf freudig bereit, die Verleumdungsbroschüre in 250 000 Exemplaren herzustellen und sie auf Verbreiten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes an einem Tage in ganz Deutschland verbreiten zu lassen. Gleichzeitig hat sich ein sozialdemokratisches Pressebüro der Sache bemächtigt, und die gesinnungsverwandte Presse mit sensationellen Artikeln traktiert, in deren Ueberschriften mit großen Lettern es u. a. heißt: „Ein Blick hinter die Kulissen“; „Die Selbstverleumdung und anderes“; „Peinliche Hiftörchen aus einer christlichen Gewerkschaft“; „Ein Riesenskandal in den christlichen Gewerkschaften“; „Christliche Gewerkschaftskorruption“; „Reichstagsabgeordneter Schiffer als Dieb“; „Dokumente zur Beurteilung der christlichen Gewerkschaftsbewegung“ usw. Trotzdem also die Röhling'schen Vorwürfe „zunächst ganz ungläublich klingen“, wird nach echter Strauchritterart die Broschüre massenhaft hergestellt und deren Verbreitung im ganzen Lande systematisch organisiert, bevor der Angegriffene sich überhaupt zu der Angelegenheit äußern konnte. Wir möchten dem Textilarbeiterverband nahelegen, die angekündigte Klage nicht nur gegen Röhling sondern auch gegen den Verlag der Düsseldorfser Volkszeitung anhängig zu machen und daneben allen Ernstes zu überlegen, ob nicht für die notwendigen Ausgaben zur Abwehraktion die Düsseldorfser Volkszeitung schadenersatzpflichtig gemacht werden kann. Bei dem Gericht dürfte für diese Schadenersatzklage angesichts des hinterlistigen Uebersalles Verständnis zu finden sein.“

### „Genosse“ Röhling!

Röhling hats bereits herrlich weit gebracht. Die Mühlhäuser Textilgenossen benutzen ihn schon als ein Paradeferd. Sie arrangieren eine große „Massenversammlung“. An den Plakatwänden pranken in großen Lettern die Namen der Redner des Abends: Genosse Gsell, Filialleiter des „deutschen“ Verbandes und — Röhling. Die beiden Arm in Arm auf der Rednerbühne! Wenn etwas geeignet ist, Röhlings Charakter zu kennzeichnen, dann das. Mehr brauchen wir nicht

zu sagen; unsere elässischen Kolleginnen und Kollegen vor allem werden uns verstehen. Gleich und gleich gesellt sich gern!

Die Versammlung selbst wurde für die Genossen zu einer Riesenblamage. Die beiden Christentöter warteten und warteten aus — Publikum. Schließlich kamen mit Ach und Krach 95, sage und schreibe fünfundneunzig ganze Männchen zusammen. Und nun ging's los. Nach den uns zugesandten Mitteilungen zog zunächst Genosse Gsell über die Streitaktit unseres Verbandes los. Dafür ist Gsell, der „große Streitstrategie“, zweifellos die geeignetste Person. Röhling selbst wünschte ihm voriges Jahr noch wegen seiner „gloriosen“ Streitaktit eine lange „gesegnete“ Tätigkeit in Mühlhausen. Genosse Gsell zog auch über unsere Taktik bei den Bewegungen los, deren verantwortlicher Leiter — Röhling war. Und der hörte ruhig zu, wie seine eigene Tätigkeit heruntergerissen und zerzaust wurde. Wahrhaftig, es ist schwer, ein Gefühl des Ekels zu überwinden.

Nach Gsell sprach „Genosse“ Röhling. Festgehalten zu werden verdient dessen öffentlich gemachte Bemerkung, seiner Ansicht nach komme Schiffer in der Geldschrankgeschichte als Täter nicht in Betracht, dazu sei der Diebstahl zu plump ausgeführt.

Nun hat Röhling in der sozialdemokratischen Düsseldorfser „Volkszeitung“ vom 8. Okt. eine Erklärung veröffentlicht, worin er die in seiner Broschüre erhobene Behauptung, Schiffer habe den Geldschrankfabrikanten gebeten, dem Kassierer von dem Vorhandensein eines zweiten Paar Schlüssels nichts zu sagen, ebenfalls fallen läßt. Röhling hupft also bereits zurück. Das macht dessen Handlungsweise nur noch verächtlicher. Damit gibt er selbst zu, daß er wider besseres Wissen die Angelegenheit so darstellte, daß jeder Leser der Broschüre den Eindruck erhielt, er wolle den Kollegen Schiffer der Täterschaft bezichtigen. Nach etwas ist bemerkenswert. Die erwähnte Röhling'sche Äußerung fiel in einer öffentlichen, sozialdemokratischen Versammlung. Bergens aber suchten wir in der sozialdemokratischen Presse nach dieser, doch sehr wesentlichen Feststellung. Ein neuer Beweis dafür, daß alles, was ihr nicht in den Kram paßt, ganz einfach unterdrückt wird.

### Die Aktion für den freien Samstagnachmittag.

(Siehe den Artikel in Nr. 40 der Textilarbeiter-Zeitung.)

Es ist selbstverständlich, daß der christliche Textilarbeiterverband für den freien Samstagnachmittag ist. Er ist für diesen Kulturfortschritt seit Jahren mit aller Entschiedenheit eingetreten. Bereits im Jahre 1907 hat der Zentralvorstand unseres Verbandes, Kollege Schiffer, gemeinsam mit seinen politischen Freunden einen Antrag eingebracht, der u. a. für die verheirateten Frauen eine sechsstündige Schicht an den Tagen vor Sonn- und Festtagen forderte. Professor Hise hat dann diesen Antrag später in der Kommission des Reichstages, die die 1910 in Kraft getretene Gewerbeordnungsnovelle zu beraten hatte, erneuert und eingehend begründet. Ueber das Schicksal dieses Antrags haben wir bereits in der vorigen Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“ berichtet. Damals hat das Organ des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter mit aller Entschiedenheit und mit heftigen Ausfällen gegen unsere Organisation den freien Samstagnachmittag für die verheirateten Frauen bekämpft. Er nannte den Antrag eine „Verrücktheit“, die, wenn sie Gesetzeskraft erlangen würde, eine große Schädigung der in der Textilindustrie beschäftigten verheirateten Frauen im Gefolge habe. Heute aber schreibt der „Textilarbeiter“ wörtlich (Nr. 39 vom 26. Sept.):

„Das Verbot der Arbeit der verheirateten Textilarbeiterinnen ist . . . notwendig, um der Arbeiterfrauen den freien Sonntag und damit die Sonntagruhe zu sichern.“

Das ist das direkte Gegenteil von dem, was der „Textilarbeiter“ im Jahre 1908 geschrieben hat. Er hat also in dieser Frage eine gründliche Wauerung durchgemacht.

Eine gesetzgeberische Aktion für den freien Samstagnachmittag ist an sich auch uns durchaus sympathisch. Jedoch scheint bei der Aktion des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes der agitatorische Pferdesuß zu sehr durch, und die ganze Art, wie die Aktion vorbereitet worden ist und durchgeführt wird, macht den Erfolg sehr wenig wahrscheinlich. Es kommt bei solchen Aktionen in der Hauptsache darauf an, daß sie von der Gesamtheit der Arbeiterschaft der betr. Industrie getragen werden. Das will nun auch der „deutsche“ Textilarbeiterverband dadurch erreichen, daß er sich an die Gesamtheit der Textilarbeiterschaft ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit wendet. Dazu hätte er jedoch nur dann ein Recht, wenn er sich mit den übrigen Textilarbeiter-Berufsorganisationen, die die Förderung des freien Samstagnachmittags vertreten, vorher in Verbindung gesetzt hätte. Es ist doch eine Annäherung sondergleichen, über die Köpfe der Organisationsleitungen hinweg die Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes der Hirsch-Dunderischen Textilarbeiter und unseres Verbandes für eine große, gesetzgeberische Aktion in Anspruch zu nehmen. Unsere Verbandsleitung ist nicht gewillt, sich das gefallen zu lassen. Sie hat darum die Mitglieder aufgefordert, ihre Unterschrift zu verweigern. Wie sich der Gewerkschaftsverein der Hirsch-Dunderischen Textilarbeiter zu der Sache stellt, wissen wir nicht.

Jedenfalls ist durch das Vorgehen des „deutschen“ Verbandes die Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Aktion verhindert worden. Dadurch ist der Erfolg von vornherein in

# Kollegen und Kolleginnen!

an, unter Führung eines Mannes, der 13 1/2 Jahre in unseren Reihen stand, der 10 Jahre lang unser Beamter war und angeblich aus Ueberzeugung für uns tritt. Er ist zu denen gegangen, die uns hassen. Er liefert ihnen das Material gegen uns. In diesem schweren Kampfe vertrauen wir auf die alte, oft erprobte Treue und Unhänglichkeit unserer Mitglieder, namentlich unserer Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner. Laßt euch in eurem Vertrauen zum Verbandsvorsitzenden, zur Verbandsleitung nicht beirren. Bietet der gegnerischen Heze die Stirne. Steht in diesem Kampfe fest und tren zum Verbands. Einig und geschlossen wie bisher wollen wir auch fernerhin zusammenstehen. Eine eiserne Mauer, an der der gemeinsame Ansturm der Gegner zerschellt.

Eine ernste Zeit ist für unseren Verband herangebrochen. Eine Schlammslut der Lüge und Verleumdung ergießt sich gegen unsere Organisation. Der ganze Troß unserer Feinde stürmt gegen sie

Frage gestellt. Aber auch noch aus einem anderen Grunde. Der Verband „deutscher“ Textilarbeiter vermag sich mit seinen Aktionen im Reichstage nur auf die sozialdemokratische Partei zu stützen. Ohne die Mitwirkung der bürgerlichen Parteien kann sie aber keinen Gesetzesantrag zur Annahme bringen. Wäre es dem „deutschen“ Verbands mit seiner Aktion wirklich um die Sache und nicht in erster Linie um die Agitation zu tun gewesen, dann hätte er sich mit den genannten übrigen Arbeiterorganisationen in der Textilindustrie mindestens vorher verständigen müssen, damit diese auch die bürgerlichen Parteien in Bewegung gesetzt hätten. So wäre die Aktion zu einer einheitlichen und wichtigen geworden. Sie wäre auch im Reichstage von vornherein der Unterstützung seitens der bürgerlichen Parteien sicher gewesen.

Vom taktischen Standpunkt wäre auch noch zu erwägen, ob denn der gegenwärtige Zeitpunkt einer Aktion für den freien Samstagnachmittag günstig ist. In den bedeutendsten Zweigen der Textilindustrie geht es z. B. schlecht. Es wird mit wesentlich verkürzter Arbeitszeit gearbeitet; in einigen Bezirken werden zwei bis drei Tage jede Woche ausgefällt. Ob ein solcher Zeitpunkt für eine Aktion zur Verkürzung der Arbeitszeit, die an sich durchaus wünschenswert und sogar dringend notwendig ist, glücklich gewählt ist, erscheint uns doch sehr zweifelhaft. Es wird doch schwer halten, jetzt in weiten Kreisen der Textilarbeiterchaft genügend Verständnis und Anhang für diesen Kulturfortschritt zu erzielen. Es ist auch zu beachten, daß bei einer Verwirklichung der Forderung zur Zeit schlechten Geschäftsganges es schwer halten wird, den durch die Arbeitszeitverkürzung immerhin für viele Textilarbeiter, so für die Stunden- und vielleicht auch Tagelöhner, verursachten Verdienstaussfall durch eine Lohnerhöhung auszugleichen, da der gewerkschaftliche Kampf in solchen Zeiten doch eine sehr zweifelhafte Sache ist. Diese taktischen Bedenken sind doch gewiß nicht von der Hand zu weisen. Daß sie eine begründete Unterlage haben, geht hervor aus einem Bericht des „Textilarbeiters“ über eine schlesische Frauenkonferenz. In Nr. 39 dieses Blattes, also in derselben Nummer, in der der Aufruf für die Aktion erfolgt, heißt es in einem Bericht aus Reichenau: „Den Bericht von der Frauenkonferenz erstatteten die Kollegin Martha Schäfer und Kollege Buchwald. Dem Bericht war zu entnehmen, daß man auf dieser Konferenz sich mit dem freien Sonnabendnachmittag nicht allzusehr befreunden konnte. Die Kolleginnen befürchten eine Lohneinbuße.“ Dieses Stimmungsbild von der Frauenkonferenz des sozialdemokratischen Verbandes gibt doch zu denken.

Es wäre auch die Frage zu prüfen, ob man nicht klüger wäre, der Aktion für den freien Samstagnachmittag eine solche für den allgemeinen Maximalarbeitsstag von 10 Stunden für die Textilindustrie voranzugehen zu lassen. Es gibt noch weite Gebiete, wo in denjenigen Betrieben der Textilindustrie, in denen es die Produktionstechnik ermöglicht, die Arbeitszeit für die Männer länger als 10 Stunden pro Tag währt. Jedenfalls wäre aber durch ein solches Gesetz die Gefahr vermindert, daß die Unternehmer die durch den freien Samstagnachmittag verursachte Verkürzung der Arbeitszeit durch eine Verlängerung der Arbeitszeit an den anderen Tagen wenigstens für einen Teil der Arbeiter wieder auszugleichen suchten. Im Wuppertale, wo der freie Samstagnachmittag durchweg eingeführt ist, haben einige Unternehmer in den letzten Jahren tatsächlich solche Versuche unternommen. Es ist ja interessant, daß aus den angebeuteten Gründen der sozialdemokratische Holzarbeiterverband ganz entschieden gegen den freien Samstagnachmittag ist und seine letzte Generalversammlung die generelle Verkürzung der Arbeitszeit für richtig gehalten hat. Aus denselben Gründen hat eine Abstimmung unter den sozialdemokratisch organisierten Holzarbeitern der Schweiz eine Mehrheit gegen die Einführung des freien Samstagnachmittags ergeben. Damit stoßen wir aber auf eine andere Seite der Sache. Es erscheint uns ausgeschlossen, daß im Reichstage ein Gesetz zustande kommt, das den freien Samstagnachmittag nur für die Textilindustrie bestimmt. Wenn der freie Samstagnachmittag wirklich Gesetz wird, dann auch für alle Arbeiterinnen. Darum würde der „deutsche“ Verband gut tun, zu versuchen, die Gegnerschaft der sozialdemokratischen Holzarbeiterorganisation gegenüber dem freien Samstagnachmittag aus dem Felde zu räumen und sich zu vergewissern, daß auch sämtliche Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dafür zu haben sind, sonst könnte er erleben, daß ihm von seinen eigenen Gesinnungsgenossen ein Bein gestellt würde.

Wir sagen zum Schluß nochmals: Wir sind ganz unterschiedene Freunde des freien Samstagnachmittags und unterschreiben jeden Satz, den der „Textilarbeiter“ in dem Aufruf seiner Nummer 39 für die Begründung dieses Kulturfortschrittes anführt. Aber wir können

nicht glauben, daß es dem „deutschen“ Verbands um die Sache und um den Erfolg zu tun ist. Wollten die Mitglieder anderer Arbeiterberufsorganisationen der Textilindustrie für seine Aktion in Anspruch nehmen, dann hätte er sich vorher mit deren Leitungen in Verbindung setzen müssen. Er hat es nicht getan, darum fordern wir unsere Mitglieder nochmals auf, ihre Unterschrift für die Aktion des sozialdemokratischen Verbandes zu verweigern.

## Sie fasseln um.

„Wir haben schon öfters umfassen müssen.“  
Joh. Timm, München 1893.

Die Sozialdemokratie hat auf dem eben abgelaufenen Jenaer Parteitag 1913 gänzlich umgefassen. Das sozialdemokratische Stiefchen bekam den Sattel auf die Bauchscheite und die sozialdemokratischen Prinzipienreiter stießen zu Boden. Vor zehn Jahren, auf dem Parteitag zu München, glaubte der Dogmatiker der Partei, Karl Kautsky, in seinem Streite mit Ed. Bernstein und Dr. David sagen zu können: der revisionistische Nebel werde bald wieder verschwinden. Dieser Nebel ist aber immer stärker geworden und hat die sozialdemokratische Partei bis zur Unkenntlichkeit überzogen. Bisher hat als Grundgesetz der Partei gegolten: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.“ Auf dem Parteitag zu Leipzig 1909 konnte noch einer der Führer wild ausrufen: „Dem persönlichen Regiment, diesem jammervollen Schaulustpolitiker Bülow und diesen elenden, jämmerlichen Bürgerparteiern sollten wir Millionen bewilligen!“ Da hätten wir uns ja selbst ins Gesicht geschlagen.“ Das ist nun geschehen. Die Sozialdemokratie hat 1913 Millionen für den „Militarismus“ bewilligt. Ja, sie hat mehr denn als eine andere Partei um das Zustandekommen der Wehrsteuervorlagen sich bemüht, trotzdem Kautsky 1909 bemerkt hatte, auch die Bourgeoisie dürfe nicht durch übermäßig hohe Wehrsteuern zugrunde gerichtet werden. Der Parteitag 1913 war „jammervoll“ genug, der Steueraktion der Reichstagsfraktion zuzustimmen. Neun Fünftel aller Reichsteuern würden ja doch für militärische Zwecke verwendet. Der Verwendungszweck läme nicht mehr in Frage, ist eine abgeschlossene Sache. Die Massen hochden auf! Das sollen die großen Diplomaten der Partei bisher nicht gewußt haben?

Das ist nicht die erste und einzige Täuschung. Hundert- und Tausendmal wurde in der Presse und von den Agitatoren der sozialdemokratischen Partei den Arbeitern zugerufen:

Alle Räder stehen still,  
Wenn dein starker Arm es will.

Auf dem Parteitag 1913 wird aber erklärt, daß das eine Phrase war. Der Massenstreik sei undurchführbar. Da, wo seine Durchführung versucht worden sei, in Schweden, in Belgien, in Holland, sei er zusammengebrochen und hätte zum Nachteil der Arbeiter ausgefallen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Bauer gab zu, daß es sich bei Propagierung des Massenstreiks lediglich um Redereien, Gemeinplätze und revolutionäres Phrasengeklänge gehandelt habe. Und der so kluge Abg. Dr. Frank verriet, daß mit dem Schlagwort Massenstreik die Verzweiflung der sozialdemokratischen Mitläufer gedämpft werden sollte. Ein graulames Spiel von Führern mit der irregleiteten, hoffenden und harrenden Masse nach Macht und den Himmel auf Erden!

Der revisionistische Nebel wird nun verstärkt. Die Massen sollen nicht sehen, was vorgeht, und so bei der Stange gehalten werden. Wie zuerst die Radikalen mit Phrasen und Schlagwörtern die Massen an sich zu ziehen versucht haben, auf die gleiche Weise suchen nun die Revisionisten die Massen bei sich zu halten. Ein Beweis dafür ist die Behandlung der Arbeitslosenfrage auf dem Parteitag zu Jena 1913. Um die eigene langjährige Untätigkeit und die Verworfenheit der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge zu verdecken, schimpfte man kräftig auf die bürgerlichen Parteien, insbesondere auf das Zentrum. Johannes Timm als Referent leistete darin ganz erhebliches. Aber die Angriffe auf die bürgerlichen Parteien prallen auf den Schützen und seine Partei zurück. Diese hat jahrelang die Einführung einer Arbeitslosenfürsorge bekämpft und vor nicht allzulanger Zeit erst dem Motto entsprechend „umgefassen“.

Die marxistische Sozialdemokratie verwarf von vornherein jede Sozialreform. Auf dem Kongreß der deutschen Sozialdemokraten 1883 wurde die sogenannte „Sozialreform“ als taktisches Mittel bezeichnet, „um die Arbeiter vom wahren Wege abzulenken“. Jedes gesetzliche Vorgehen und jede soziale Einrichtung zugunsten des Arbeiterstandes wurde von der politischen Sozialdemokratie be-

kämpft, da dies im „Interesse des Kapitals“ läge. Die „Verleumdungstheorie“ sollte praktisch erfüllt werden, deshalb rührte die Sozialdemokratie jahrzehntlang keinen Finger, wenn es galt, die Lage der Arbeiter praktisch zu verbessern. Die Sozialdemokratie hat gegen die Krankenversicherungsvorlage gestimmt, wie auch gegen die Unfallversicherung und gegen die Invalidenversicherung. Die Sozialdemokraten im Reichstag stimmten auch gegen das Gewerbegerichtsgesetz und die Arbeiterschutzesetze.

Aber nicht nur die gesetzliche Sozialreform wurde von der Sozialdemokratie bekämpft, sondern auch die gewerkschaftliche Selbsthilfe. Alle jene Gewerkschaften, welche zugunsten auch der Arbeitslosen Einrichtungen trafen, wurden als „Versumpfungvereine“ diskreditiert. So hat die politische Sozialdemokratie die Arbeiter an der Erlangung größerer wirtschaftlicher Macht, wie der Abg. v. Elm konstatierte, lange kolossal gehemmt. In dem Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes (Nr. 37 vom Jahre 1898) schrieb derselbe Abgeordnete klagen, daß man die Einführung der Arbeitslosenversicherung bekämpfe, weil sie zur Verimpfung, zur Harmoniebuschlei führe. Das Unterstützungswesen verzögere den Klassenkampf. Der Besch machte konservativ usw. In der Tat wurde noch von dem „Massenbewußten“ Korreferenten Friede auf dem Kongreß 1896 in Berlin verlangt, daß aus den angeführten Gründen jene Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, dieselbe wieder abschaffen sollten. Auch auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1898 wurde gegen das Unterstützungswesen gewettert.

Inzwischen traten die christlichen Arbeiterorganisationen in Tätigkeit und führten einen Umfassung herbei. Sie zwangen die „vollverräterliche“ Sozialdemokratie durch ihre Aufklärungsarbeit bei den Massen zu einer anderen Stellungnahme, gleichwie sie eingestandenemmaßen 1908 die bayerischen Sozialdemokraten zur Bewilligung des Budgets gebrängt hatten.

Die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften nahmen dann 1902 zum Teil jene Forderungen auf, die der bekannte Sozialpolitiker Prof. Dr. Hise fast zehn Jahre früher in seiner Reichstagsrede am 21. Januar 1893 gestellt hatte! Im bayerischen Landtag wurde auf Grund eines vom Kollegen Abg. Schirmer gestellten Antrages die Frage der Arbeitslosenversicherung 1901 erstmals eingehend behandelt. Wenn auf diesem Gebiete man heute noch nicht viel weiter gekommen ist, so liegt das nicht so sehr bei den bürgerlichen Parteien, sondern viel mehr in der Schwierigkeit, diese Frage zu lösen. Einen klaren Weg hat die Sozialdemokratie bis heute noch nicht vorgezeichnet. Es gilt immer noch, was Ignaz Auer 1902 in den „Sozialistischen Monatsheften“ schrieb: „So einig man aber in der Anerkennung der Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung ist, so weit gehen die Ansichten über die Art der Durchführung derselben selbst in unseren Kreisen auseinander.“

Die Linderung der Not der Arbeitslosen ist keine Parteifache. Mit ihrer verhehenden Tätigkeit erschweren die Sozialdemokraten lediglich die notwendige Reformaktion. S. P.

## Allgemeine Rundschau.

Handelspolitik und Arbeiterinteressen. Zu den vielleicht im Laufe des nächsten Winters schon beginnenden Beratungen über die Erneuerung unseres Zolltariffs und der Handelsverträge muß auch die christlich-nationale Arbeiterchaft ihren Standpunkt präzisieren. Einen Anfang damit machte der im August d. J. in Köln stattgefundene 19. Delegiertentag des Verbandes der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln. Der Dozent für Handelspolitik und Agrarwissenschaft an der Zentrale des Volksvereins, Dr. Wohlmannsketter, hielt den Vortrag. Die Meinung des Delegiertentages wurde in einer Entschließung festgelegt.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ bringt nun in ihrer Nummer vom 13. September einen längeren Artikel, der die in der Entschließung des Delegiertentages niedergelegten Sätze näher begründet. Einleitend wird betont, daß die bisherige Wirtschaftspolitik „betzu“ behalten sei, denn sie habe sich im allgemeinen bewährt und das „Produzenteninteresse der Arbeiterwelt durchaus gewahrt und gefördert“. Auch das Konsumenteninteresse der Arbeiter habe durch die Handelspolitik keine Beeinträchtigung erfahren, „bis zu den Preissteigerungen der letzten Jahre“. Wohl möge unsere Handelspolitik nicht Ursache der Preissteigerung der Lebensmittel sein, aber in Zeiten der Not könnten die Preise die Aufwärtsbewegung der Preise beschränken und verstärken.

Als nächste Forderung an unsere Handelspolitik wird dann aufgestellt: Möglichste Förderung der weiter-

verarbeitenden und Fertigwarenindustrie und ihrer Exportinteressen. Die Industrialisierung immer mehr Gebiete der Erde habe die Rohstoffe teurer und den Absatz der Waren schwieriger gemacht. Es stehe zu erwarten, daß bei der noch weiterschreitenden Industrialisierung der Welt der Konkurrenzkampf der Industrieländer untereinander noch schärfer und härter würde. Deutschlands Stellung im internationalen Warenverkehr würde sich auf die Dauer nur auf Qualitätsworte halten und weiter ausdehnen können. Unsere Handelspolitik müsse auf die Erhaltung und Festigung alter und auf die Erschließung neuer Märkte für unsere Exportindustrie bedacht sein.

Vom Konsumenteninteresse des Arbeiters ausgehend, wird verlangt, daß der „notwendig geordnete Lebensmittelbezug von außen durch handelsvertragliche Abmachungen sichergestellt“ werde. Deutschland soll seine landwirtschaftlichen Böden nicht preisgeben und seine Lebensmittelversorgung ganz auf den Auslandsbezug einsetzen. Jedoch haben die Erscheinungen der letzten Jahre auf dem Lebensmittelmarkt immer klarer gezeigt, daß die deutsche Landwirtschaft zur genügenden Lebensmittelversorgung allein nicht ausreicht. Reicht nicht und auch für absehbare Zeit nicht. Deutschland braucht darum zu seinen Lebensmitteln aus der deutschen Landwirtschaft noch Ergänzungszufuhren aus dem Ausland. Diese Zufuhren dürfen auch durch Maßnahmen der Handelspolitik nicht unnötig erschwert werden. Im Gegenteil ist Sorge dafür zu tragen, daß diese Ergänzung uns im notwendigen Maße und zu erschwingbaren Preisen zur Verfügung steht. Und zwar durch Wiederanknüpfung der hier einschlägigen Handelsverbindungen mit Ländern, mit denen jetzt wenigstens ein Lebensmittelzuzufuhrverkehr sich noch entwickeln läßt (Holland, Skandinavien, die Baltanländer, auch Rußland).

Das sind in knapper Zusammenfassung die Forderungen des genannten Delegiertentages. Sie decken sich im großen und ganzen mit dem, was wir als Textilarbeiter von unserer neuen Zoll- und Handelspolitik zu fordern haben. Wir werden darauf demnächst in einem besonderen Artikel zu sprechen kommen.

In die Suppe gespuht. Der Verband „deutscher“ Textilarbeiter erlebt mit seiner Aktion für den freien Samstagnachmittag wenig Freude. Ein Teil seiner weiblichen Mitglieder hat sich direkt dagegen ausgesprochen. Nun kommt das Organ des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes und spuckt der „deutschen“ Organisation gründlich in die Suppe. Das Blatt kommt in seiner Nr. 40 vom 4. Oktober d. J. auf die Aktion des „deutschen“ Verbandes zu sprechen und bemerkt dazu:

„Ob die Veranstaltung eines solchen Petitionssturmes besonders zweckmäßig ist, möchten wir bezweifeln. Die Sehnsucht nach dem freien Sonnabendnachmittag, welche die Textilarbeiter bekunden, wird in der deutschen Arbeiterenschaft keineswegs allgemein geteilt. Verschiedene Gewerkschaften, darunter auch unser deutscher Holzarbeiterverband, stehen auf dem Standpunkt, daß die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit die wichtigere Aufgabe ist, und daß der freie Sonnabendnachmittag erst dann anzustreben ist, wenn die tägliche Arbeitszeit in ausreichendem Maße verkürzt ist. Auf die Gründe für und wider den freien Sonnabendnachmittag wollen wir hier nicht eingehen; die Tatsache, daß in dieser Beziehung Meinungsverschiedenheiten unter den deutschen Gewerkschaften bestehen, ist bekannt, und dieser Umstand läßt es zweckmäßig erscheinen, die Frage des freien Sonnabendnachmittags auf dem nächsten Gewerkschaftskongress zu erörtern. Zum mindesten bis dahin hätte man warten sollen, ehe eine Aktion unternommen wird, die über den Rahmen der eigenen Gewerkschaft hinausgreift.“

Dann schreibt die „Holzarbeiter-Zeitung“ weiter, daß zwar in der Petition des Textilarbeiterverbandes der freie Sonnabendnachmittag nur für die Textilindustrie gefordert werde, aber bei der Behandlung der Petition im Reichstage müsse notwendigerweise das ganze Problem aufgerollt werden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten kämen dabei in eine sehr üble Situation. Sie sollten die Wünsche der Arbeiter vertreten. Das sei jedoch schwer, wenn nur widersprechende Beschlüsse der Generalversammlungen einzelner „freien“ Gewerkschaften vorlägen. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hält die Aktion des „deutschen“ Verbandes für verfrüht.

Bezüglich unserer Stellung zu dieser Frage verweisen wir auf den besonderen Artikel in dieser Nummer.

Fahrtgeld und Steuerpflicht. Die Abzugsfähigkeit des Fahrtgeldes von und zu der Arbeitsstätte vom steuerpflichtigen Einkommen betrifft eine neue interessante Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes, der höchsten Instanz in Steuerfragen.

Die Beantwortung der Frage, ob Fahrtgelde zur entfernten Arbeitsstätte und zurück abzugsfähige Werbungskosten (§ 8 des Einkommensteuergesetzes) sind oder nicht, hängt nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes davon ab, ob jemand aus wirtschaftlichen Gründen genötigt ist, an einem anderen Orte in so großer Entfernung von der Arbeitsstätte zu wohnen, daß er den Weg zu Fuß zurückzulegen nicht imstande ist, oder ob er aus persönlichen Rücksichten seine Wohnung in so entfernter Lage gewählt hat. Im ersteren Falle sind Fahrtgelde als Werbungskosten abzugsfähig, im letzteren Falle dagegen als Haushaltskosten nicht. Ob das eine oder

das andere zutrifft, ist nach den Umständen des einzelnen Falles zu entscheiden.

Der zur Entscheidung stehende Rechtsstreit drehte sich um die Abzugsfähigkeit der Fahrtgelde der Ehefrau des Steuerpflichtigen von und zu ihrer Arbeitsstätte. Der Senat entschied dahin, daß sie als Werbungskosten der Einkommensquelle abzugsfähig sind, weil die Ehefrau nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht in der Lage sei, selbst ihren Wohnort zu bestimmen, sondern gezwungen sei, beim Mann zu wohnen, der die Bestimmung über den Wohnsitz zu treffen habe.

Schäden der Fabrikarbeit der Frauen. Das internationale statistische Institut hat (wie oben, angeregt durch ein Referat des Ministerialrats Professor Dr. Frd. Bahn, Direktor des Rgl. Bayer. Statistischen Landesamtes, über die Frau im Erwerbsleben der Kulturstaten, eine Kommission geschaffen, die sich speziell mit der internationalen statistischen Erfassung der Frauenarbeit befassen soll. Es ist bemerkenswert, wie der verdiente Statistiker die Arbeit der Frauen in Gewerbe und Industrie beurteilt. Dem ausführlichen Referat entnehmen wir folgende Stellen:

Die Arbeiterin lernt in ihrem Beruf unbedingte Pünktlichkeit, Genauigkeit in äußeren Dingen, Ordnung, konzentrierte Arbeitsleistung, ein Sichzusammennehmen, auch wenn sie sich einmal nicht wohl fühlt, Pflichterfüllung, größere Erfahrung, alles Eigenschaften, die der Frau auch als Mutter und Hausfrau zugute kommen und als Schwere auch in ihrer folgenden Generation fortwirken. Ferner liegt in dieser Schulung zu eigenem Erwerb ein gewisser Rückhalt, der die Mädchen vor der ersten besten Verführung bewahrt und eine wirtschaftliche Sicherung im Falle von Krankheit, Unglück, frühzeitigem Tode des Mannes.

Indessen stehen solcher außerhäuslicher Erwerbsarbeit erhebliche Bedenken vom hygienischen, ethischen und kulturellen Standpunkt entgegen. Der weibliche Organismus ist erfahrungsgemäß gegen Schädigungen der Erwerbsarbeit empfindlicher als der männliche. Er wird durch diese Erwerbsarbeit mit Krankheit noch mehr belastet, als er es ohnehin schon ist, durch die so häufig vorkommende Luftarmut und Lichtsucht. Die Arbeitsweise, welche junge Mädchen in den verschiedensten Betrieben zu verrichten haben, meist einseitig, mechanisch, durch dauernd angespannte Aufmerksamkeit nervenangreifend, ist für die weitere physische und sonstige Entwicklung nur selten günstig. Ueberhaupt ist die Gefahr groß, daß Frauen mit Arbeiten beschäftigt werden, die für ihren Organismus nicht geeignet sind, und daß sie bei an sich geeigneter Erwerbsarbeit zu wenig auf ihren Organismus, insbesondere auf etwaige

### Die Verarbeitung von statistischem Material.

Eine Blauberei von Dr. phil. May-Frankfurt a. M. (Nachdruck unterlag.)

#### Die verschiedenen Durchschnittswerte.

Nachdem wir unsere Zähne ein wenig an harte Bissen gewöhnt haben, können wir nun ans Müßelkuchen gehen. Für beschädigte und ausgefallene Zähne wird jedoch kein Ersatz geleistet. Drum prüfe wer uff.

Wir nehmen an, wir hätten als Ergebnis erhalten: In einem Verein werden in einem Jahre 9 Vorträge, 5 gesellige Abende, 3 Theateraufführungen und 5 Bälle abgehalten. Bei den Vorträgen mußten jeweils 50 M., bei den geselligen Abenden 60 M., bei den Theateraufführungen 55 M. und bei den Bällen 45 M. aus der Vereinskasse zugeflossen werden, um die entstandenen Ausgaben zu decken. Dies halten wir in einer Tabelle fest.

Veranstaltungen		Ungedeckte Ausgaben bei jeder Veranstaltung
Zahl	Art	
9	Vorträge	50
5	Gesellige Abende	60
3	Theateraufführungen	55
5	Bälle	45
Summe	22	210

Wie soll ich diese Summe lesen? „Also haben 22 Veranstaltungen je 210 M. gekostet?“ Das ist natürlich nicht richtig. Gewöhnlich hilft man sich denn so; man sagt: Wir haben vier Zeilen, also vier Arten der Veranstaltungen. Je vier dieser Veranstaltungen kosteten zusammen 210 M.; demnach kostete eine Veranstaltung:  $210:4 = 52,50$  M. Daß dieses Ergebnis nicht genau sein kann, ersieht jeder; wir haben ja ganz unterlassen, z. B. auf die Summe der Veranstaltungen, nämlich 22, Rücksicht zu nehmen.

Da schlägt jemand schon einen zweiten Weg vor: Ich rechne, sagt er, das, was in der Tabelle nur angedeutet ist, aus; also: 9 Vorträge mit je 50 M. Zuschuß gibt im ganzen 450 M. Zuschuß; 5 gesellige Abende mit jeweils 60 M. Zuschuß gibt zusammen 300 M. Zuschuß uff. So erhalte ich die erweiterte Tabelle:

Zahl	Art	Ungedeckte Ausgaben bei jeder Veranstaltung	
		(in M.)	(in M.)
9	Vorträge	50	450
5	Gesellige Abende	60	300
3	Theateraufführungen	55	165
5	Bälle	45	225
Summe	22	—	1140

Nun teile ich die Summe der ungedeckten Ausgaben durch die Gesamtzahl der Veranstaltungen also  $1140:22 = 51,818$  M. oder aufgerundet 51,82 M. Diesen so gewonnenen Wert nennen wir in der Statistik den gewogenen Durchschnitt. Er ist offenbar viel genauer als der erste Wert (52,50 M., der der ungewogene Durchschnitt genannt wird). Er wird deswegen in der Statistik meistens (es gibt noch verschiedene andere Methoden der Berechnung eines Durchschnittswertes) verwendet.

Für einen Durchschnitts- oder Mittelwert, der sehr häufig im täglichen Leben, aber fast nie bei der Berechnung eines Durchschnittswertes von Nichtstatistikern gebraucht wird, möchte ich hier eine Lanze brechen; ich meine den sogenannten dichtesten Wert. Eine eigentliche Berechnung ist bei ihm gar nicht nötig; er braucht nur aufgesucht zu werden.

Wenn ich einen Geschäftsmann frage, wieviel er täglich einnimmt so sagt er vielleicht: „meistens 10 M.“ (Oft antwortet er auch „durchschnittlich“; aber das ist nur eine ungenaue Ausdrucksweise. Denn er berechnet nie diesen Durchschnitt). Er meint damit: „An den meisten Tagen nehme ich 10 M. ein, manchmal etwas mehr, manchmal weniger.“ Das ist also der Wert der sich durch seine Häufigkeit ins Gedächtnis einprägt. Wie wird er nun gefunden? Nehmen wir unser voriges Beispiel! Nicht bei jedem Vortrag werden 50 M. draufzuliegen gewesen sein, bei einem mehr, beim andern weniger. Das war ein Durchschnittswert, das sogenannte arithmetische Mittel. Die einzelnen Vorträge haben nämlich an Zuschuß verlangt:

50 M., 45 M., 45 M., 62 M., 58 M., 47 M., 43 M., 45 M. und 55 M., zusammen 450 M. Da es 9 Vorträge waren, kamen auf einen  $450:9 = 50$  M.

Wollen wir aus diesen Zahlen (der Statistiker sagt: aus dieser Reihe) den dichtesten Wert holen, so müssen wir zunächst die Reihe ordnen, d. h. die einzelnen Zahlen wie Soldaten nach ihrer Größe aufstellen. Wir fangen also mit der kleinsten an, nehmen die nächst größeren uff. So erhalten wir:

43, 45, 45, 45, 47, 50, 55, 58, 62.

Der dichteste Wert ist nun die Zahl, die am häufigsten in der Reihe vorkommt; bei uns also 45 M. Du siehst, lieber Leser, die Sache ist höchst einfach, und doch kommt mehr heraus als mit der vorigen Rechnerlei; Wir haben hier nämlich einen wirklichen

Wert: 45 M. mußten in der Tat dreimal zugelegt werden, was man weber von 51,82 M. noch von 52,70 M. behaupten kann: sie sind nur errechnete, ideale, gedachte Werte, die wir suchen, um uns doch in dem Zahlengewirre einigermaßen zurechtzufinden.

Freilich gibt es sehr viele „Reihen“, die keinen dichtesten Wert haben (andere haben weder 2, 3 oder noch mehr, die man dann alle anführen kann). In diesem Falle muß man schon wieder zu dem arithmetischen Mittel greifen. Aber, lieber Leser, vielleicht suchst Du doch nach einem dichtesten Werte. Der gute Kerl hat's wirklich verdient, daß man sich mehr um ihn bemüht, steht er doch mit beiden Füßen auf dieser Erde, mitten im Leben, wie Du, lieber Leser!

Das nächste Mal sollen endlich die Zeichner auf ihre Rechnung kommen!

#### Die graphische Darstellung.

„Wer zeichnen kann, ist König.“ Naumann. Bildersehen ist ein Vergnügen, dem sich nicht nur die Kleinen mit Leidenschaft hingeben. Immer mehr werden unsere Tagesblätter Nachahmer der amerikanischen „Bildpresse“. Tabellen und dergleichen mag die Tageszeitung schon nicht mehr in der von uns oben angeführten Form, sondern nur noch in bildlicher Form wiederzugeben. Da sieht man nach der Reichstagswahl die Stärke der verschiedenen Parteien durch Männer in charakteristischer Kleidung angedeutet. Der Arbeiter mit der Ballonmütze stellt die Sozialdemokratie, der Bauer mit der Pispelhaube den Bund der Landwirte, der Rittergutsbesitzer mit den hochgestellten Schnurrbartspitzen und der Reitergerte die Konservativen uff. dar. Die Reichssteuer werden durch große Geldstücke veranschaulicht, die Größe der diesjährigen Feuernte durch schwerbeladene Heumagen — wer wollte sämtliche Nummern dieser reichhaltigen Gemäldegallerie aufzählen?

Wer zwar ein wenig Anspruch auf Wissenschaftlichkeit macht, verschmäht diese Lockmittel und begnügt sich mit einer einfachen, nüchternen Kurve oder wählt Quadrate, Stäbe, Kreise uff. Wir wollen nur eine Art, die Herstellung einer Kurve, besprechen.

Nehmen wir wieder ein Beispiel: Der ortsübliche Tagelohn, von dem Du sicher schon gehört hast, habe an einem Orte betragen: 1890: 2 M., 1895: 2,10 M., 1900: 1,90 M., 1905: 2,20 M., 1910: 2,40 M. Das vorherige Zusammenstellen der erhaltenen Zahlen in einer Tabelle ist auch hier zur Vorbereitung notwendig. Wir erhalten:

Jahr	Ortsüblicher Tagelohn (in M.)
1890	2,00
1895	2,10
1900	1,90
1905	2,20
1910	2,40

Mutterchaft, Bedacht nehmen. Deshalb so vielfach in den Kreisen dieser erwerbstätigen Frauen Früh- und Fehlgeburten, Kinderlosigkeit, dauernde Erkrankung! Die Mütterlichkeit der außerhäuslichen Erwerbsarbeit auf die Mutterchaftsleistungen ist unverkennbar. Durch alle diese Schäden werden die Vorteile des erhöhten Einkommens, die die Hausfrau durch ihre Arbeit herbeiführt, in der Regel mehr als aufgewogen.

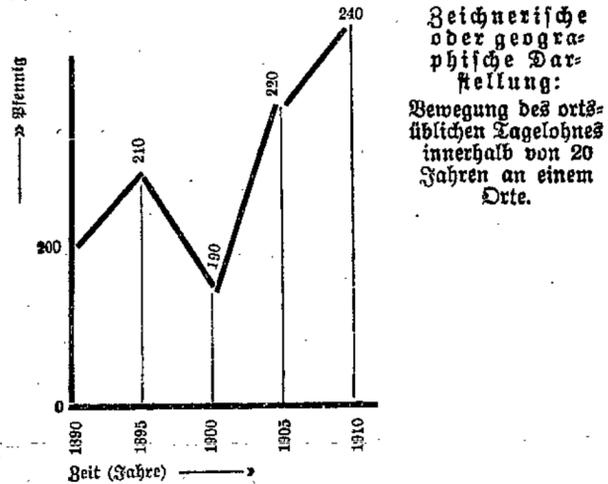
Überblickt man die vorgeschilderten Veränderungen, die in der Stellung der Frau in unserem Erwerbsleben eingetreten sind, so wird der Sozialhygieniker, der Sozialpolitiker sowohl wie derjenige, welcher National- und Völkerverpolitik treibt, den Eindruck haben, daß die pflegliche Verwertung des in der weiblichen Kraft investierten Volkskapitals noch viel zu wünschen übrig läßt. Wohl lehrt eine zeitliche und geographische Betrachtung der einschlägigen Verhältnisse, daß mit zunehmender Kultur die Frauenstellung sich im allgemeinen verbessert, die Sterblichkeit der Frauen sich vermindert hat. Aber die neuzeitlichen Verhältnisse wirken auf den Bestand der Familie, auf die Behauptung der Eigenart der Frau, auf die Gesundheit und Kraft der Mutter schädlich.

Wir müssen der Frau inmitten des wirtschaftlichen und sozialen Ningens unserer Zeit die Selbstbehauptung wahren und stärken, die Frau in ihrer Eigenart, in ihrem Eigenwert bei ihrer Beteiligung am Erwerbsleben erhalten. Eine wichtige, allerdings auch schwierige Aufgabe der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik wie der Sozialhygiene!

**Gemeindeverwaltung und Fleischversorgung.** Bezüglich der Versorgung der Bevölkerung mit billigem Fleisch erwächst namentlich den Gemeinden eine große Aufgabe. Leider haben sie bisher im allgemeinen ihre Pflicht noch nicht genügend erkannt. Wohl ist zur Zeit der Fleischsteuerung im vorigen Jahre von mehreren Gemeindeverwaltungen die Fleischversorgung selbst in die Hand genommen worden, jedoch ist es im allgemeinen unterblieben, Maßnahmen zu ergreifen, die dauernd und durchgreifend helfen könnten. Unseres Wissens ist nur von der Stadt Ulm (Württemberg) das Gegenteil zu berichten.

Sie hat mit der „Genossenschaft für rationelle Schweinezucht“ in Neu-Ulm einen Vertrag geschlossen, wonach diese in den Jahren von 1912 bis 1916 eine entsprechende Zahl von Mastschweinen im Gewicht von ca. 2 Zentner 20 Pfd. liefern muß. 1912 waren bis zu 1000 Stück zu liefern, für die weiteren Jahre soll diese Zahl gesteigert werden. Für die auf städtischem Eigentum errichtete Mastereianlage ist von der Stadt Ulm eine vier-

Wir zeichnen unsere Kurve auf sogenanntes Millimeterpapier, das man überall erhält (es heißt so, weil es in lauter kleine Quadrate, die nur einen Millimeter Seitenlänge haben, eingeteilt ist). Auf der Querachse stellen wir die Jahre (jeder Millimeter bedeute ein Jahr), auf der senkrechten Achse die Höhe des ortsüblichen Tagelohnes (für je 10 Pfg. nehmen wir ein Millimeter) dar. Nun tragen wir die einzelnen Entfernungen auf den entsprechenden Achsen auf. Wir fangen mit dem Jahre 1890 an und schreiben diese Zahl an den Schnittpunkt der beiden Achsen. (Für die senkrechte Achse ist dies der Nullpunkt; er bedeutet also: 0 Pfg.). Jetzt bestimmen wir den Anfangspunkt unserer Kurve 20 Millimeter (2 M. = 20 · 10 Pfg.) über den Nullpunkt. Wir gehen auf der wagrechten Achse 5 Millimeter herüber, schreiben dort 1895 an, gehen an der senkrechten Linie in diesem Punkte 21 Millimeter (2,10 M. = 21 · 10 Pfg.) in die Höhe und erhalten so den zweiten Punkt unserer Kurve, die „Kurve“ genannt wird. Wir erhalten so (nach Weglassung des Millimeternetzes) folgende Figur, nachdem wir die einzelnen Punkte miteinander verbunden haben:



Wir sehen: die Linie (Kurve) steigt anfangs langsam, fällt dann, um dann ständig und immer rascher wieder zu steigen. Durch Einzeichnung einer zweiten Kurve neben dieser (z. B. könnte der Lohn eines Maurers in diesen Jahren angezeichnet werden) läme man zu interessanten Ergebnissen.

Wir haben nun gelernt, „was jeder von der Statistik wissen muß“. Vielleicht kommen wir später dazu, auf einzelne Gebiete genauer einzugehen. Oder ist der gewiegte Leser schon jetzt der Sache überdrüssig?

prozentige Verzinsung der Baukosten im Anschluß von 15000 M. übernommen worden. In jeder Maststation auf städtischem Eigentum sind 200-250 Schweine einzustellen und zur Bekreitung der Futterkosten ist der Genossenschaft seitens der Stadt ein ständiger unverzinslicher Kredit von 60 M. für jedes eingestellte Schwein eingeräumt worden. Die Stadt übernimmt die von der Genossenschaft zu liefernde Anzahl Schweine zu dem oben angegebenen Gewicht zum Preise von 63 M. pro Zentner Schlachtgewicht oder 50 M. pro Zentner Lebendgewicht. Sinkt der allgemeine Marktpreis für den Zentner Schlachtgewicht wenigstens ein Vierteljahr lang dauernd unter 63 M., so ermäßigt sich auch der Uebernahmepreis der Stadt um 1 M. Die Genossenschaft soll berechtigt sein, innerhalb eines Vertragsjahres über die bedungene Zahl hinaus noch 30 Prozent Schweine unter den gleichen Bedingungen zu liefern. Die Genossenschaft hat der Stadt die Transportkosten für die Schweine vom Bahnhof Neu-Ulm bis zu den Schlachthäusern Ulm oder Neu-Ulm zu ersetzen; diese dürfen aber nicht höher als mit 20 Pfg. pro Stück berechnet werden.

Nach einem weiteren Vertrage übernimmt die freie Fleischerei sämtliche ihr von der Stadt überwiesenen Schweine im Durchschnittsgewicht von 2 Zentner 20 Pfd. zum Preise von 63 M. für den Zentner Schlachtgewicht. Schlachtgebühren und Schlachtviehvericherung trägt die Innung. Die Verwertung der Schweine steht im Belieben der Innung. Diejenigen Innungsmitglieder, die solche Schweine übernehmen, müssen aber an einem bestimmten Wochentag das Schweinefleisch in ihren Läden billiger verkaufen. Sobald im Monat durchschnittlich 200 Schweine geliefert werden, ist der Verkaufspreis auf 78 Pfg. für das Pfund festzusetzen. Bis dahin richtet sich der Verkaufspreis an diesen Tagen nach dem örtlichen Marktpreis, und zwar ist der Verkaufspreis um so viel niedriger als der allgemeine Verkaufspreis festzusetzen, als der von der Stadt berechnete Preis (63 M.) niedriger ist als der Marktpreis. Der Preisunterschied muß mindestens 6 Pfg. für das Pfund betragen. Steht der Marktpreis verhältnismäßig hoch, so ist es der Stadt gestattet, ihren Verkaufspreis etwas zu erhöhen, wodurch die Innung das Recht erhält, ihren festgesetzten Verkaufspreis um den gleichen Betrag zu erhöhen. Der auf diese Weise angesammelte Reservefonds wird bei einem späteren Sinken des Marktpreises dazu verwendet, der Innung die Festsetzung eines Verkaufspreises unter dem Marktpreis zu ermöglichen. Die Preisherabsetzung gilt nicht für Militärküchen, Offiziersspeseranstalten, Gasthöfe und ähnliche gewerbliche Betriebe; auch darf an keinen Käufer mehr als 1 Kilogramm abgegeben werden.

Es hat sich nun bei der Durchführung der Verträge gezeigt, daß mit der in Ulm getroffenen Organisation zur Fleischversorgung ein Zusammenwirken von Produzenten, Stadtverwaltung und Fleischer-gewerbe ermöglicht worden ist. Wie das Stadtschultheißenamt in Ulm mitteilt, war sowohl das Verhältnis zu der Genossenschaft als zu der Fleischerei ein durchaus befriedigendes, und das Schweinefleisch konnte an jedem Mittwoch um 10 Pfg. billiger als der Ladenpreis war, abgegeben werden.

**Deuerung und Lebenshaltung.** Die Nachteile der gegenwärtig herrschenden Lebensmittelerhöhung werden erst dann recht offenbar, wenn man ihre Einwirkung auf die Lebenshaltung der tiefen Volksschichten feststellt. Es genügt nicht, daß man einfach die Preisnotierungen für gewisse Waren vergleicht, man muß vielmehr gleichzeitig die Bedeutung der einzelnen Nahrungsmittel für den Haushalt berücksichtigen. Dies geschieht am besten, indem man auf Grund der Preisstatistik die Haushaltskosten für eine Familie berechnet. Für eine vierköpfige Arbeiterfamilie, Eltern und zwei Kinder, stellen sich nach der Calver'schen „Konjunktur“ die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelverbrauches in den Jahren 1896 bis 1905 und im Monat August der Jahre 1911 und 1913 durchschnittlich auf Markt in

	1896	1900	1905	1911	1913
Rheinland	20,40	21,51	23,02	26,17	26,74
Westfalen	18,65	19,55	21,86	24,06	25,98

Es ist bemerkenswert, daß mit der fortschreitenden Industrialisierung Westfalens sich die Indexziffer für diese Provinz immer mehr derjenigen des Rheinlands nähert. Beide Provinzen gehören gegenwärtig zu den teuersten des Reiches. Den höchsten Aufwand an Haushaltskosten erforderten im Rheinlande Köln und Düsseldorf und in Westfalen Hörde und Dortmund.

In der Provinz Schlesien hat sich die Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse zeitweilig in flotterem Tempo vollzogen als in den meisten übrigen Gebieten Deutschlands. Auch im industriereichen Königreich Sachsen und in der Provinz Sachsen ging die Kurve in ziemlich schnellem Tempo aufwärts. Wir führen auch hier die Zahlen für dieselbe Zeit und die gleiche Anzahl Personen an. Der Nahrungsmittelverbrauch betrug in Markt:

	Schlesien	Sachsen (Königreich)	Sachsen (Provinz)
1896	18,86	19,98	19,15
1900	20,00	21,08	20,03
1905	21,82	21,79	21,01
1911	24,22	23,99	25,39
1913	25,03	26,02	26,73
+	6,17	6,4	7,58

Außerordentlich stark ist die Steigerung in der Provinz Sachsen. Wegen der erbärmlichen Lohnverhältnisse Schlesiens muß die Verteuerung der Lebenshaltung die Arbeiterschaft dort besonders stark drücken. In einem so industriereichen Landesteile wie Sachsen (Königreich) stehen schon

in Zeiten normaler Preisverhältnisse die Kosten der Lebenshaltung auf einem sehr hohen Niveau. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn sich die Belastung des Konsums durch die rapide Verteuerung der wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel gerade hier außerordentlich stark fühlbar macht.

Alles in allem handelt es sich um eine Verteuerung der Lebensmittel, die die Lebensweise weiter Arbeiterschichten verschlechterte. Denn die Löhne liegen nur in wenigen Berufen in demselben Tempo. Uebrigens gibt es Tausende von Zeitungsarbeiterfamilien mit 3, 4 und 5 Kindern, der die nach den obigen Indexziffern notwendige Summe zur Lebenshaltung für 4 Köpfe garnicht zur Verfügung steht. Sie müssen an Unterernährung leiden.

**Textilarbeiterkampf in England.** In dem bedeutendsten Textilzentren Englands, der Grafschaft Lancashire, droht ein umfangreicher Kampf auszubrechen. Ein Streik in einer Spinnerei hat zur Ankündigung einer Aussperrung von 2000 Spinnereien mit rund 200000 Arbeitern geführt. Sollte vorher keine Verständigung erzielt werden, wird es nicht bloß zur Aussperrung dieser 200000 Leute kommen, sondern es werden schließlich auch die anderen Zweige der Textilindustrie in Mitleidenschaft gezogen werden, so daß man bei einer längeren Dauer des Kampfes mit rund 700000 feiernden Arbeitern und Arbeiterinnen rechnet.

Ueber die Ursachen dieses Riesenkampfes laufen in der deutschen Presse die widersprechendsten und unklarsten Berichte um. Eine eingehendere Behandlung der Dinge haben wir bisher nur in der „Rölnischen Zeitung“ gefunden. Bei ihrer bekannten Voreingenommenheit für die Unternehmer und gegen die selbständigen Gewerkschaften sind die Darstellungen dieser Zeitung über Arbeiterbewegungen stets mit der größten Vorsicht aufzunehmen. Unter diesem Vorbehalt wollen wir die Angaben der „Rölnischen Zeitung“ über die Ursachen und Begleiterscheinungen dieses Kampfes hier mitteilen.

Darnach soll es sich nicht um irgend welche Lohnstreitigkeiten handeln. Vielmehr ist ein Aufseher der Spinnerei Venhive in Bolton das Parnid. Sein anmaßendes Wesen wollten die Arbeiter — rund 800 — nicht länger erdulden. Sie verlangten seine Entlassung. Es kam zu Unterhandlungen und Untersuchungen seitens der Vertreter der Arbeiter- und der Arbeitgeberorganisationen. Die Forderung der Arbeiter wurde für unbegründet erklärt. Die Gewerkschaftsvertreter rieten den Arbeitern, die bereits erfolgte Kündigung zurückzuziehen. Die Arbeiter weigerten sich. Zwei Tage nach den Verhandlungen traten 800 Arbeiter in den Ausstand. Der Ortsverein der Spinnerorganisation bewilligte Streikunterstützung, entgegen den Beschlüssen und Weisungen der Leitung der Zentralspinnerorganisation. Darauf kündigte der Unternehmerverband die Aussperrung an.

Nach dieser Darstellung handelt es sich um einen großen Disziplinbruch der Arbeiter des betr. Betriebes, der ungeheure Folgen nach sich ziehen kann. Ob in der Zeit einer sinkenden Konjunktur ein solcher Riesenkampf für die Arbeiter viel Erfolg verspricht, erscheint uns doch sehr zweifelhaft. Nach einem Bericht des „Berliner Tageblattes“ überraschte der Aussperrungsbeschluß den Markt nur wenig. Einige Spinner sollen offen zugegeben haben, daß eine zeitweilige vollständige Einstellung der Produktion bei dem gegenwärtigen ungünstigen Geschäftsstand nur erwünscht sein könnte. Das sind doch Dinge, die der Arbeiterschaft zu denken geben sollten. Auch ist es nicht gewerkschaftlich vernünftig gehandelt, einer einzigen Person wegen so große Werte aufs Spiel zu setzen. Aber auch die Unternehmer sind wenig einsichtig, um dieser Bagatelle wegen Hunderttausende auf die Straße zu setzen.

Die gewerkschaftsfeindliche Presse Deutschlands schlächtet diese Vorgänge natürlich gegen die Gewerkschaften aus. Die „Rölnische Volkszeitung“ stimmt ein Jammerlied darüber an, daß Einsicht und Besonnenheit in den englischen Gewerkschaften immer weniger einen Platz hätten. „Es ist eine traurige Erscheinung“, schreibt sie, „daß von Jahr zu Jahr die älteren, besonnenen Führer der Gewerkschaften, die aus langer Erfahrung wissen, wie wenig bei leichtfertigen und grundlosen Arbeitskämpfen zu gewinnen ist, immer mehr an Einfluß einbüßen und im entscheidenden Augenblick stets von lauten Schreibern überrollt werden. Ob es die sozialistischen Phrasen und die Schlagworte des „Syndikalismus“ sind, die die Massen betören, oder ob eine unklare Spekulation auf die Schwäche der leitenden Staatsmänner und die Hoffnung sie antreibt, daß bei jedem Versöhnungsversuch von Amts wegen wenigstens etwas für die Wählermassen herauszubringen sei, oder ob nun einmal jedes Geschlecht sich seine bitteren Lehren selbst holen und seine schmerzlichen Erfahrungen selbst machen muß, wäre schwer zu sagen. Sicher aber gehen wir zunächst keinen besseren Zeiten entgegen, und die Hoffnungen, die man auf die Wiederholung und den gesunden Sinn des englischen Arbeiterstandes gesetzt hatte, werden von Jahr zu Jahr schwächer.“

Daß solche Betrachtungen für das Gewerkschaftswesen der englischen Textilarbeiter wirklich schon zutreffend sind, bezweifeln wir. Man soll aus einem Einzelvorkommnis und aus dem Verhalten einer Belegschaft nicht gleich allgemeine Schlussfolgerungen ziehen.

**Aus unserer Industrie.**

**Konjunktur und Arbeitsmarkt, mit besonderer Berücksichtigung der Textilindustrie.**

Aus mancherlei Anzeichen könnte man fast schließen, daß unser Wirtschaftsleben, wenn auch keinen Aufschwung erfahren hat, so doch im Niedergang aufgehalten worden ist. Unzweifelhaft hat die bessere internationale Lage zu einer freundlicheren Auffassung über die wirt-

schäftliche Entwicklung beigetragen. Aber auch rein wirtschaftliche Momente wirken nach dieser Richtung. Man kann die Verkehrseinnahmen der Eisenbahnen aus dem Güterverkehr symptomatisch nennen für den Stand der Volkswirtschaft. Die Einnahmen weisen auch im August eine nennenswerte Steigerung auf. Des Weiteren sind die Rohstoffindustrien im allgemeinen nach wie vor gut beschäftigt und der Stand der Preise ist durchaus befriedigend. Das gilt in allererster Linie von der Montanindustrie. Kohlenförderung und Kohlenabfuhr blieben durchweg auf der alten Höhe, wenn auch eine gewisse Verschiebung wahrzunehmen ist. Die Nachfrage nach Kohle aus der Industrie hat nachgelassen; dem Ausfall hier steht aber ein stärkerer Bedarf an Hausbrandkohle gegenüber. Trotz dieser für sich sprechenden Erscheinung hat das Kohlen Syndikat einen Beschluß gefaßt, der diese Entwicklung noch deutlicher zum Ausdruck bringen muß, weil er von der gesamten Industrie, auch

**von der Textilindustrie, schwere Opfer**

verlangt. Schon oft hat man dem Kohlen Syndikat den Vorwurf gemacht, daß es eine ganz einseitige monopolistische Preispolitik treibe, daß es nur unter dem Gesichtspunkte der höchsten Rentabilität die Kohlenpreise festsetze ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der übrigen Industrien. Im Jahre 1908, das doch unzweifelhaft ein Jahr niedergehender Konjunktur war und in seiner wirtschaftlichen Gestaltung manche Ähnlichkeit mit dem laufenden Jahr aufweist, hat das Syndikat an den Preisen der Hochkonjunktur festgehalten. Für die Kohlenverbrauchende Industrie bedeutet das natürlich ein enormer Schaden. Vor allem die Textilindustrie ist nicht in der Lage, die Preise ihrer Erzeugnisse durch starke Kartelle schützen zu können. Obgleich diese nun bei rückgehender Konjunktur sinken, muß die Industrie trotzdem die alten hohen Kohlenpreise entrichten. Auch dieses Mal wieder konnte sich das Kohlen Syndikat nicht entschließen, mit dem Rückgang der Konjunktur auch die Kohlenpreise zu ermäßigen. Diese wurden bekanntlich mit dem 1. April nicht unbeträchtlich erhöht, auf 1. Oktober war eine neue Preisfestsetzung fällig. Der dahin gehende Beschluß lautete: Beibehaltung der bisherigen für die Hochkonjunktur berechneten Preise bis 1. Januar 1914. Einzig darin zeigte das Syndikat ein Entgegenkommen, daß diese Preise nicht wie üblich für sechs, sondern nur für drei Monate beschlossen wurden. Bis dahin glaubt man, sei die Entwicklungstendenz so klar, daß man dann zu- oder nachgeben könne. Diese Politik des Syndikates zeigt deutlich die Wichtigkeit einer billigen Kraft- und Wärmeversorgung unserer Textilindustrie, besonders des Teiles, der so wie so nicht auf Kosten gebettet ist. Auch unsere andere wichtigste Rohstoffindustrie — die Roheisenindustrie — zeigt herzlich wenig von einem Niedergang. Die Roheisenproduktion ist im August noch gestiegen, auf den Arbeitstag berechnet allerdings etwas zurückgegangen. Die Preise sind auf ihrer alten Höhe geblieben.

Recht stark wird unser ganzes Erwerbsleben durch den augenblicklichen

**hohen Zinsfuß**

belastet. Die Textilindustrie macht davon keine Ausnahme. Man hat zwar verschiedentlich die Meinung geäußert, die Reichsbank werde ihren Diskontsatz, das ist der Zinsfuß, den sie bei der Einlösung noch nicht fälliger Wechsel zugrunde legt, ermäßigen. So sehr diese Ermäßigung, die den herrschenden hohen Zinsfuß ermäßigen würde, im Interesse der Gewerbetreibenden zu begrüßen wäre, eben so sehr wäre sie vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus zu bedauern. Der Geldmarkt zeigt noch gar keine Aussicht, flüssiger zu werden, und gerade um die Vierteljahrswende bringt er eine regelmäßige Anspannung. Mit einer vorübergehenden Erleichterung des Diskonts wäre aber nicht gebient. Er würde höchstens zu einer wieder stärkeren Anspannung des Geldmarktes führen und die Folgen wären viel unheilvoller als die des höheren Zinsfußes.

**Der Baumwollmarkt**

hat eine für die Industrie recht ungünstige Gestaltung angenommen. Infolge der ungünstigen amerikanischen Saatensandberichte sind die Preise stark in die Höhe gegangen. Während nun die Baumwollpreise steigen, folgen die Baumwollprodukte nicht in entsprechendem Maße. Wenn sie überhaupt eine Steigerung aufweisen, bleibt sie jedenfalls stark hinter der der Rohbaumwolle zurück. Auf dem Garnmarkt wird diese ungünstige Entwicklung in erster Linie auf die österreichische Konkurrenz zurückzuführen sein. Die Gründe des verstärkten Wettbewerbs habe ich früher schon dargelegt. Es ist für die Lage der Textilindustrie charakteristisch, daß auch die Preise der übrigen Rohstoffe recht hoch sind. Das trifft unbedingt für Wolle zu. Aber auch in Jute zeigt sich eine steigende Tendenz. Der Grund dieser Ercheinung liegt natürlich in den ungünstigen Ernteberichten, die einen starken Ausfall gegen das Vorjahr verkünden. Die Ernteschätzung der indischen Regierung gibt 8700000 Ballen Rohjute an gegen 10250000 Ballen der letzten Ernte. Da der Wollbedarf auf über 10 Millionen geschätzt wird, läßt sich die Folge des Ernteaussfalls leicht ermessen. Dazu kommt noch, daß auch nirgends größere Vorräte vorhanden sind, die den Ausfall decken könnten. Soeben wurde die Schätzung der Weltseidenenernte durch das französische Seidenhändler Syndikat bekannt gegeben. Darnach betrug die Weltseidenenernte 1912 4982000 kg gegen 4330000 kg im Vorjahre. Diese Zahlen beziehen sich nur auf die europäische Produktion. Die Seide und Zentralasien produzierten 2233000 kg gegen 2960000 l. J. 1911. Für China, Japan und Indien wird der Gesamttertrag auf 19700000 kg angegeben gegen 17280000 im Vorjahre. Die Konkurrenz und Uebermacht der asiatischen Produktion schreitet also ruhig voran. Die Gesamtternte

beläuft sich demnach auf 26915000 gegen 24570000 im Vorjahre.

**In der Textilindustrie zeigt der Arbeitsmarkt**

leider noch kein günstigeres Bild. Im Gegenteil, er hat sich im August stark verschlechtert, sowohl gegen den Vormonat, als auch gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres. Die Verschlechterung hat den Arbeitsmarkt für männliche Arbeitskräfte stärker getroffen als den für weibliche. Nach der bekannten Statistik des Reichsarbeitsblattes, deren Zahlen allerdings nicht absolut vergleichbar sind, kommen auf 100 offene Stellen Arbeitsgesuche:

	Januar 1912 1913	Februar 1912 1913	März 1912 1913	April 1912 1913
männl.	123 185	118 134	110 138	112 123
weibl.	84 110	80 106	84 112	95 127
	Mai 1912 1913	Juni 1912 1913	Juli 1912 1913	August 1912 1913
männl.	118 127	105 129	112 157	121 190
weibl.	90 117	103 118	89 127	94 136

Im August stieg also die Zahl der männlichen Arbeitssuchenden auf 190 gegen nur 157 der weiblichen und gar nur 121 gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres. Etwas günstiger hat sich der weibliche Arbeitsmarkt entwickelt, obgleich sein Stand im August so schlecht geworden ist, wie er in keinem Monat dieses und des vergangenen Jahres war. Auf 100 offene Stellen kommen 136 Arbeitsgesuche gegen 127 im Juli und 94 im August 1912. Von 776 (im Juli 743) Arbeitsnachweisen sind die Ergebnisse ihrer Vermittlungstätigkeit folgende:

	Juli		August	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Arbeitsgesuche	2322	1780	1681	1344
Offene Stellen	1483	1401	884	985
Vermittelte	1257	1284	693	862

Auffallend an diesen Zahlen ist der starke Rückgang, dem Angebot und Nachfrage unterworfen waren. Die Zahl der Arbeitsgesuche sank von 2322 auf 1681. Eigentümlich läge es im Charakter der wirtschaftlichen Entwicklung, daß sich das Angebot von männlichen Arbeitskräften vermehre. Es ist aber eine alte Erscheinung, daß in Zeiten wirtschaftlicher Depression die Arbeitsnachweise von den Arbeitern weniger beansprucht werden, weil sie nicht an die Möglichkeit eines Erfolgs glauben. Daß in der Industrie aber auch kein allzugroßer Bedarf vorhanden ist, zeigt sich zur Genüge an dem ebenfalls starken Rückgang der offenen Stellen, und auch die geringe Zahl der vermittelten Stellen läßt sich daraus erklären. Auch der weibliche Arbeitsmarkt hat sich durchaus in der für den männlichen angegebenen Richtung entwickelt.

**Der Arbeitsmarkt in der Gesamtheit**

weist keinen wesentlichen Unterschied von seinem Stand im Juli auf. Er ist noch von den gleichen ungünstigen Faktoren beinflusst wie das letzte Mal. Der Baumarkt hat eine weitere Verschlechterung erfahren und auch die Lage der Papierindustrie ist ungünstiger geworden. Auf die genannte Zahl Arbeitsnachweise entfielen im

	Juli		August	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Arbeitsgesuche	413 000	85 000	404 000	90 000
Offene Stellen	236 000	82 000	227 000	90 000
Vermittelte	203 000	50 000	193 000	53 000

Bei männlichen Arbeitern hat das Angebot um 9000 abgenommen, die Nachfrage um die gleiche Zahl, während 10000 Stellen weniger vermittelt wurden; auf dem weiblichen Arbeitsmarkt hat sich die Nachfrage etwas stärker vermehrt als das Angebot von Arbeitskräften, infolgedessen ist eine Verbesserung gegen den Vormonat eingetreten.

Auch von den Verhältniszahlen zeigt sich die gleiche Erscheinung. Auf 100 offene Stellen kommen Arbeitsgesuche im

	Januar 1912 1913	Februar 1912 1913	März 1912 1913	April 1912 1913
männl.	192 191	178 190	145 168	150 160
weibl.	100 98	88 91	84 87	92 96
	Mai 1912 1913	Juni 1912 1913	Juli 1912 1913	August 1912 1913
männl.	153 166	146 168	140 174	146 178
weibl.	97 100	101 101	97 103	92 101

**Die voraussichtliche Baumwollernte in Rußland.**

Die zu erwartende Baumwollernte in Rußland stellt sich annähernd folgendermaßen dar: Im Ferghanagebiet erwartet man eine bessere Ernte als im Vorjahr, in den Kreisen Andischan, Kolan und Stobelen eine gleichmäßige Ernte. In Andischan sind gegen 80000 Dessätinen mit Baumwolle besät, in Kolan gegen 45000 Dessätinen, in Stobelen gegen 90000 Dessätinen. Im Omiker Kreise wird die Ernte etwas geringer sein; dort sind 10000 Dessätinen Baumwollfelder vorhanden, im Ramanganer Kreise gegen 43000 Dessätinen, die unter Wassermangel gelitten haben. Im Samarander Kreise sind es gegen 15500 Dessätinen, und man erwartet auch hier eine bessere Ernte, als es die vorjährige war, und zwar um 10% höher. Eine gleiche Ernte wie im Vorjahr wird im Syr-Darjagebiet erwartet, wo es 62500 Dessätinen Baumwollplantagen gibt, und in Transkaukasien mit 39000 bis 44000 Dessätinen Plantagen. Im Syr-Darjagebiet waren die Ernteaussichten zuerst vortrefflich, verschlechterten sich aber infolge Wassermangels.

In Buchara war das Sommerwetter den Plantagen nicht günstig, und man erwartet dort eine mäßige Ernte. Im Kaukasus trat mit dem Juli gutes Wetter ein und verbesserte die Ernteaussichten, so daß man auf eine befriedigende Ernte rechnet, die im ganzen nicht schlechter sein wird als die Ernte des vergangenen Jahres.

Was die Qualität und die Sorten anbetrifft, so läßt man seit dem vergangenen Jahre in Turkestan vorwiegend

amerikanische Saat; in einigen Gebieten hat man die Plantagen sogar ausschließlich mit amerikanischer Saat bestellt. Im Ferghanagebiet hat man noch viele Plantagen mit einheimischer Saat bestellt, und die geerntete Baumwolle dient meist dem einheimischen Bedarf. In Buchara und den Gebieten am Syr-Darja wird auch die einheimische Saat viel gebraucht, und die Hälfte aller Plantagen an diesen Orten ist mit einheimischer Saat bestellt worden.

**Aus dem Verbandsgebiete.**

**Aus unseren Bezirken.**

**Ordentliche Jahreskonferenz des Bezirks Krefeld.**

Am 21. September tagte in Krefeld in der Reichshalle unsere ordentliche Bezirkskonferenz. Es waren 30 Ortsgruppen durch 47 Delegierte vertreten. Zwei Ortsgruppen, Fischen und Kempen, hatten keine Delegierte entsandt. Ferner nahmen sämtliche im Bezirk tätige freigestellte Kollegen unseres Verbandes an der Konferenz teil. Als Vertreter des Zentralvorstandes war der Verbandsvorsitzende, Kollege Schiffer, anwesend.

**Der Jahresbericht**

wurde von Kollege Müller, der seit der Amtsniederlegung des Kollegen Jakob Pech den Bezirk geleitet hat, erstattet.

**Der Geschäftsgang**

innerhalb der verschiedenen Branchen der Textilindustrie war nicht einheitlich. Die im Bezirke vertretene Baumwollindustrie hatte, trotz der hohen Baumwollpreise weniger mit Konjunkturschwankungen zu kämpfen. Die Seidenstoffbranche war normal beschäftigt. In der Samtindustrie jedoch setzte im 3. Quartal 1912 ein schlechter Geschäftsgang ein, der bis ins 1. Quartal 1913 hinein anhält. Die Folge waren enorme Arbeitszeitverkürzungen. Wurde doch durchweg nur bis zu sechs Stunden pro Tag gearbeitet. Diejenigen Branchen, die mehr oder minder von dem Geschäftsgang in den Samtwebereien abhängig sind, wie Samtappreturen, hatten ebenfalls unter dieser Depression zu leiden. Die Färbereien wiesen im 4. Quartal geringere Beschäftigung auf. Auch hier wurden teilweise Feierlichkeiten eingelegt. Dies hatte zur Folge, daß die begonnene Färbereibewegung vertagt wurde.

Die Zeit der wirtschaftlichen Depression in den verschiedensten Branchen, kennzeichnet sich auch in der aufgewandten Summe für

**Arbeitslosenunterstützung.**

War dieselbe hoch im Winterhalbjahr siebenmal so hoch, wie in den Sommerquartalen.

Die Konjunkturverhältnisse, die für die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen ungünstige Stimmung im vergangenen Jahre, dann auch noch die ständige Hege seitens des sozialdemokratischen Verbandes, die gelegentlich des Krefelder Färbereikreises wohl ihren Höhepunkt erreichte, haben naturgemäß die

**Mitgliederentwicklung**

beeinflusst. Sie gestaltete sich wie folgt:

	Am 31. Juli 1912	Mitgliederbestand	6878
" 30. Sept. 1912	"	"	6711
" 31. " 1912	"	"	6579
" 31. " 1913	"	"	6547
" 30. " 1913	"	"	6205

Dies wäre also im 2. Quartal 1913, also während der Zeit, wo der sozialdemokratische Verband mit seinen Trabanten die elende, verlogene Hege gegen unseren Verband betrieb, ein Verlust von 342 Mitglieder. Diesem Rückgang liegen verschiedene Ursachen zugrunde. Jedoch selbst wenn wir ihn ganz auf das Konto der roten Hege und des wüsten roten Terrors setzen, wird dem „deutschen“ Verbande das Fiasko seiner schollen Handlungsweise deutlich genug zu Gemüte geführt. Die Taktik des „deutschen“ Verbandes war auf die Vernichtung des christlichen Verbandes am Niederrhein eingestellt. Der Erfolg? Wahrscheinlich, angesichts der seinerseits aufgewandten Mittel ein ganz klägliches. Gewiß hat der sozialdemokratische Verband eine einige, größtenteils noch nicht gewerkschaftlich durchgebildete Mitglieder irre gemacht. Sie verließen unsere Reihen. Aber die „deutschen“ Rechner werden sich heute wohl die Tatsache nicht verhehlen, daß ihre Kalkulation total verfehlt war. Sie haben als bittere Wahrheit die Tatsache in den Kauf nehmen müssen, daß unser Verband kein Kartenhaus ist, sondern auch im Krefelder Bezirk ein so festgefügtes Gebäude darstellt, daß es dem wüsten Instruk Stand hält. Des kann der rote Verband aber versichert sein, diese Scharte wird im Laufe des Winters mehr wie weit gemacht.

Unsere Kollegen draußen im Lande wollen wir jedoch die Entwicklung des „allmächtigen“ sozialdemokratischen Verbandes im Krefelder Bezirk nicht vorenthalten. Er zählte Mitglieder

	am 31. Dezember	1907	6854
" " "	"	1908	4813
" " "	"	1909	4838
" " "	"	1910	5640
" " "	"	1911	5080
" " "	"	1912	4978

Und jetzt —? Die „Herrschaften“ mögen uns nur einmal sagen, wieviel Mitglieder sie seit der elend verkrachten Färbereibewegung verloren haben, wieviel Mitglieder sie an die Seiden schon abgeben mußten. Wahrscheinlich, eine „charmant“ Entwicklung. Da kann der „deutsche“ Verband sich ja schon einen Putz à la Färbereibewegung erlauben.

Die Klassenverhältnisse unseres Verbandes im Bezirk

zeitigten folgendes Bild: Die Gesamteinnahmen betrugen 110643,03 M. Die Ausgaben gestalteten sich:

Table with 2 columns: Category (a-h) and Amount (M.). Includes items like Arbeitslosenunterstützung, Reisemerkel, Krankentilgung, etc.

Die Ortsgruppenklassen wiesen am 1. Juli 1912 ein Vermögen von 10697,47 M. auf. Der Kassenbestand betrug am 30. Juni 1913 15829,07 M.

Unser Verband war im Geschäftsjahr an 27

Bewegungen

beteiligt, die größtenteils friedlich erledigt wurden. In drei Fällen kam es zum Streik. Einer endigte erfolglos. Im ganzen hatten 18 Bewegungen vollen, 4 Bewegungen teilweisen Erfolg. Ohne Erfolg verliefen 5 Bewegungen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Die gewerkschaftliche Situation im Bezirk Krefeld und welche Aufgaben haben wir im Laufe des Winters zu erfüllen“

wurde von Kollege Marquardt behandelt. Redner zeichnete in seinen interessanten Ausführungen ein klares Bild der jetzigen Verhältnisse. Die Schlässe, die der Referent daraus zog, zeigten den Delegierten die Aufgaben, die im Laufe des Winters erfüllt werden müssen.

Nach derselben wurde die Diskussion aufgenommen. Volle Einnützigkeit mit den Ausführungen der beiden Referenten war die erste sich ergebende Tatsache. Ja, noch mehr, die Diskussion war von einer selten gekannten Begeisterung für unsere hehre Verbands Sache belebt.

Unser Verband ist die einzige richtige Interessenvertretung für alle christlichen Textilarbeiter, das war der Gedankengang, woraus die Redner schöpften. Deshalb muß alles daran gesetzt werden, die gekennzeichneten Aufgaben zu verwirklichen.

Angesichts der Tatsache, daß zur Durchführung dieser Beschlüsse auch Gelder notwendig sind, der Zentralkasse aber nicht zugemutet werden kann, die notwendigen Auslagen zu decken, bewilligten die Delegierten aus der alten Bezirkskasse hierfür die statliche Summe von 1000 M.

Die zu Anfang des nächsten Jahres einzuberufenden Konferenzen sollen hierüber beraten und beschließen (Bravo: zur Nachahmung empfohlen D. R.).

Das werden sich unsere Krefelder Genossen, wie auch die sonstigen Gegner unserer Bewegung nicht haben träumen lassen! Das ist die Lehre, die unsere Mitglieder aus dem Vorgehen unserer Gegner gelegentlich des Färberstreiks gezogen haben.

Die Kraft, die stets das Böse will, jedoch das Gute schafft. Hierauf hielt unser Zentralvorsitzende, Kollege Schiffer, ein ausführliches Referat über die

Bedeutung der nationalen Volksversicherung, im Gegensatz der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“.

Bezüglich der alten Bezirkskasse, aus der bekanntlich den Kollegen, die fünf Jahre dem Verbande angehören und ihren Verpflichtungen diesem gegenüber nachgekommen sind, im Falle des Todes ihrer Ehefrau ein Sterbegeld gewährt wird, wurde beschlossen, dies auch den Kollegen, resp. Kolleginnen zu gewähren, die alleinige Ernährer ihrer Mutter sind, für den Fall, daß die Mutter stirbt.

Die Kasse wird von dem jeweiligen Bezirksleiter und von einer dreigliedrigen Kommission verwaltet. Diese hat der alljährlich stattfindenden Bezirkskonferenz über den Stand der Kasse Bericht zu erstatten. Gewählt wurden in diese Kommission die Kollegen Esser-Krefeld, Struden-Grefrath und Jppers-Schiefbahn.

Damit hatte die Konferenz ihren Abschluß gefunden. Mit Worten des Dankes an die Anwesenden, besonders an den Kollegen Schiffer, der der Konferenz mit Rat und Tat zur Seite gestanden hatte, schloß der Vorsitzende diese mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsern Verband.

Die ordentlichen Bezirkskonferenzen für Brandenburg-Sachsen-Thüringen

fanden für die Ober- und Niederlausitz gemeinsam in Grlitz am 7. September und für das Vogtland und Mittelsachsen in Chemnitz am 14. September statt. Der Geschäftsbericht wurde vom Bezirksleiter, Kollegen Sparenberg, erstattet.

Allgemein sei das Berichtsjahr der Agitation nicht sehr günstig gewesen. Unsere Gegner versuchten mit allen Mitteln, uns zu bekämpfen und zu schaden. Durchweg haben wir es im Bezirk mit einer stark sozialdemokratisch durchsetzten und verhetzten Arbeiterchaft zu tun. Die Geschäftslage war in fast allen Branchen die denkbar ungünstigste. Die Tuchindustrie lag (teilweise durch den Ballankrieg verursacht) sehr darnieder. Infolge dessen waren auch die Färberereien nur wenig beschäftigt. In der Halbwoollen- und Seidenbranche wurde vielfach mit Betriebsbeschränkungen gearbeitet. In der Feinen- und Juteindustrie war das Geschäft einigermaßen zufriedenstellend. Die Handschuhfabriken waren voll beschäftigt. Die Arbeitgeberverbände vertreten noch immer den Standpunkt von zweierlei Recht. Selbst lassen die Arbeitgeber alles durch ihre Organisation regeln, aber die Arbeiterorganisation als berechtigten Interessenvertreter der Arbeiterchaft anerkennen, das gibt es nicht. Die Arbeitgeber gaben sich an verschiedenen Orten sehr viele Mühe mit der Gründung von gelben Werkvereinen. Man konnte dabei die Wahrnehmung machen, daß die „Blutapfelsinen“ dort am besten gedeihen, wo die sozialdemokratischen Gewerkschaften den Boden vorbereitet hatten. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband ist noch immer bestrebt, was bei Bewegungen auszusprechen. Nur im Sommerfeld wurde uns anständig gestützt, mitzumachen. Wir können nunmehr übersehen, aus bestimmten Gründen. Man wollte in Krefeld freie Hand haben, um unsern Verband weißbluten zu lassen. Deshalb durfte man in Sommerfeld die Christlichen nicht gegen sich haben. Diese hätten, wenn sie gewollt hätten, beim Abschluß des Streiks die größten Schwierigkeiten machen können. Die Stimmung in der Arbeiterchaft war, wie auch die roten Führer wissen, ganz dazu angetan. Auch war der Erfolg des Streiks längst nicht so groß wie in Krefeld. Wir konnten allgemein beobachten, daß der „deutsche“ Verband in seinen Domänen nur Niederlagen zu verzeichnen hat. Trozdem läuft die Masse ihm nach. Die politische sozialdemokratische Verheugung hält sie zusammen. Eine sachliche Auseinandersetzung ist mit den roten Brüdern in öffentlichen Versammlungen nicht möglich. Deshalb mußten wir agitatorische Kleinarbeit verrichten. Eine gut vorbereitete Hausagitation zeitigte immer noch die besten Erfolge. Aber leider fehlt es an Mitarbeitern, um die Agitation, so wie es notwendig wäre, auch betreiben zu können. Fast überall sind es nur einige wenige, welche ihre freie Zeit und ihre Kräfte in den Dienst der guten Sache stellen. Die bürgerliche Presse unterstützt unsere Sache im allgemeinen sehr wenig. Die Frage des „Profits“ erlaubt es vielfach nicht. Nur einige Zeitungen im Bezirk haben den Mut, offen für die christlichen Gewerkschaften einzutreten. Die Zahl der Ortsgruppen stieg von 30 auf 35. Seit dem 1. Juli sind noch 2 neue hinzugekommen, so daß die Zahl gegenwärtig 37 beträgt. Die Zahl der Mitglieder hätte eine größere sein können, wenn die Fluktuation nicht so groß gewesen wäre. Dem Ausbau von gutarbeitenden Agitationskommissionen muß in den Ortsgruppen bedeutend mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Table with 2 columns: Item and Amount (M.). Includes: An Mitgliederbeiträge gingen ein 30 457,70 M., An die Zentralkasse wurden geschickt 19 003,32, An Streikunterstützung wurde ausgezahlt 4 407,10, etc.

Rund 40% der Einnahmen kamen den Mitgliedern also direkt zugute. Das Vermögen der Ortsgruppenklassen stieg von 2887,81 M. auf 3723,19 M.

An Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen war die Berichtszeit besonders reich. Bei der Firma Fabian in Forst brach ein Streik aus, der mit teilweisem Erfolg beendet wurde. In Sommerfeld hatten wir, wie schon oben bemerkt, einen fünfjährigen Streik. Derselbe hatte teilweise Erfolg. Bei der Firma Gemeinert in Seifersdorf bei Sorau reichte die Arbeiterschaft mit Einwilligung der sozialdemokratischen Verbandsleitung die Kündigung ein. Trozdem von 11 Forderungen nur 2 zum geringen Teil bewilligt wurden, mußte die Kündigung auf Befehl der roten Verbandsleitung wieder zurückgezogen werden. Eine Lohnbewegung in Neugesdorf und Umgebung wurde vom „deutschen“ Textilarbeiterverband „stillschweigend“ beendet. Eine Bewegung des „deutschen“ Verbandes in Niederoderwitz verlief resultatlos. In Zittau wurden in einigen Betrieben die Stundenlöhne etwas erhöht und auch einige schlechtentlohnte Artikel um 3-4% aufgebessert. In Schirgiswalde wurde bei der Firma Engert auf unsere Anregung ein Arbeiterausschuß eingeführt. Im Vogtland bewilligte der Weberverband „freiwillig“ eine Lohnerhöhung von 5-20%. Die Arbeitgeber machten dabei aber ein glänzendes Geschäft. Sie erhöhten nämlich zur gleichen Zeit die Preise für Fertigfabrikate um 5%. Ein großer Teil der Weber erhielt jedoch keine Lohnerhöhung. Die Herrenklosterweber in Gera, welche ebenfalls leer ausgegangen waren, reichten die Kündigung ein. Nachdem aber die Aussperrung angedroht wurde, zwang die rote Verbandsleitung ihre Mitglieder, die Bewegung abzubrechen. Bei der Firma Schieber in Greiz wurde auf eine Eingabe unsererseits die Bühne der Preffer um ungefähr 4 M. pro Woche erhöht. Eine Bewegung bei der Spinnerei Maßl in Greiz endigte mit einem Teilerfolg. In Delitzsch im Vogtlande streikte der sozialdemokratische Verband. Resultatlos mußte die Arbeit aber wieder aufgenommen werden. Kurz vor Weihnachten 1912 wurde die ganze Färberarbeiterschaft ausgesperrt. Das Kampfobjekt betrug sage und schreibe 85 Pfg. täglich. Die Sachlich-Thüringische Färberkonvention und der „deutsche“ Textilarbeiterverband können sich in den traurigen Ruhm teilen, um einer solchen Bagatelle willen, kurz vor Weihnachten ungefähr 10000 Färberarbeiter auf Straßenpflaster gesetzt zu haben. Besondere Beachtung verdient hierbei der Umstand, daß der „deutsche“ Verband auch denjenigen Unterstützungen auszahlte, welche bei Ausbruch der Bewegung erst dem roten Verbande beitraten. Auch die Arbeitgeber zahlten den Unorganisierten Unterstützung. So war denn die Möglichkeit gegeben, daß im roten Verbande Organisierte, welche den Arbeitgebern gegenüber ihre Verbandszugehörigkeit leugneten, eine doppelte Unterstützung bezogen. Die Aussperrung wurde nach dreiwöchentlicher Dauer nach einigen kleinen Zugeständnissen beendet. Der sozialdemokratische Verband kam dabei nicht auf seine Kosten. Eine neuere Bewegung der Färberarbeiter ist noch nicht beendet. Ein Streik der Genossen bei der Firma Dietel in Reichensbach endete mit einem Fiasko. Ebenso ein Streik der Handschuhzuschneider im Simbacher Bezirk. Eine Lohnbewegung der Strumpfwirker in Zeulenroda brachte 3% Lohnerhöhung.

Allgemein konnte man die Beobachtung machen, daß die Zeitung des „deutschen“ Verbandes ängstlich bemüht war,

größere Bewegungen in ihren Domänen nicht aufkommen zu lassen. Das Zurückbleiben bei Streiks usw. scheint zu einer Spezialität der roten Führer geworden zu sein. Unsere Mitglieder beteiligten sich in verschiedenen Orten erfolgreich an den Krankenkassenwahlen. Durch das Verhältniswahlsystem werden zukünftige Wahlen noch besser für uns ausfallen. In die Neugesdorfer Krankenkassen wurde eine Eingabe gemacht betr. Wetterversicherung der in Neugesdorf arbeitenden aber im nahen österreichischen Grenzgebiet wohnenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Positiv hat die Eingabe Erfolg. Um die Mitglieder zu schulen und zu bilden fanden Unterrichtskurse teilweise mit konfessionellen Vereinen gemeinsam statt. Es wurden Vorträge sozialpolitischer, volkswirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Art gehalten. Die Beteiligung war ziemlich gut. Der Vertrieb von Broschüren und Flugblättern war ziemlich rege. Das Versammlungsleben spiegelt sich in folgenden Zahlen wieder:

Table with 2 columns: Activity and Count. Includes: Öffentliche Versammlungen 15, Fabrik 37, Mitklieder 237, Vorstandssitzungen 129, Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen 180, zusammen 598

Der Besuch der Veranstaltungen ließ fast überall viel zu wünschen übrig. Hauptsächlich die Mitglieder-versammlungen müssen gut vorbereitet werden. Jeder Mitgliederversammlung müßte eine Vorstandssitzung vorausgehen, wo die Tagesordnung aufgestellt und vorbereitet wird. Jede Versammlung muß etwas Gediegenes und Anregendes bieten. Bester wäre der Besuch auch ein besserer, wenn pünktlich angefangen und nicht zu spät geschlossen würde.

Kollege Sparenberg schloß seinen Bericht mit folgenden Schlussbemerkungen: Das vergangene Geschäftsjahr war, wie der erstattete Bericht zeigt, ein Jahr der Arbeit. Mit großen Erwartungen und Hoffnungen haben wir dasselbe angefangen. Aber manches blieb unerfüllt. Die äußere Entwicklung des Bezirkes kann nicht bejedenigen. Wir glauben aber doch sagen zu dürfen, daß die Ortsgruppen innerlich gefestigter dastehen. Zum Bestimmten liegt absolut keine Veranlassung vor. Im Gegenteil. — Die heutige Konferenz soll eine ernste Genossenschaftsforschung sein über das, was wir im vergangenen Geschäftsjahre gemacht bzw. verfaßt haben. Nicht in letzter Linie soll durch die Konferenz die Agitation neu belebt und vorbereitet werden. Wir wollen heute nach Mitteln und Wegen suchen, unsern Bezirk nach innen und außen zu stärken. Wir müssen aber nicht allein wollen, sondern auch tun, sagte einst der Altmeister Göthe. Deshalb wollen auch wir dem Wort die Tat folgen lassen. Auf zur Mitarbeit für unsern lieben christlich-nationalen Textilarbeiterverband.

Den Schlussteil des Berichtes bringen wir in der nächsten Nummer.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Nachen. Zur Gewerbegerichtswahl in Kammer B Das Ergebnis der Wahl steht nunmehr fest. Es haben Stimmen erhalten die christliche Liste 1699, die sozialdemokratische 1306. Das Gewerbegericht wird in den nächsten Jahren wiederum nur von christlichen Weisern besetzt. Damit ist die Hoffnung der Sozialdemokraten, die christlichen Weisner zu verdrängen zu können, zu schande geworden. Auffällig ist der starke Stimmenrückgang gegen die Wahl im Jahre 1910. Damals erhielten Stimmen christliche 2252, Sozialdemokraten 1715 und die Hirsch-Dundersche Liste 436. Es sind also 1598 Stimmen weniger abgegeben worden wie 1910. Die Hirsch-Dunderschen hatten diesmal keine Kandidaten aufgestellt. Beobachtet wurde aber, daß ein großer Teil doch gewählt hat. Teilweise wählten dieselben unter Oberaufsicht der Genossen. Wer die Hirsch-Dunderschen Mitglieder kennt, weiß auch, daß diese nicht für die christlichen Kandidaten eintreten. Zieht man nun in Betracht, daß die Genossen auf diese Art noch eine ziemlich Verstärkung erhalten haben, so ist der Stimmenrückgang für die Genossen eine glatte Niederlage. Im Jahre 1910 ließ Genosse Hohnrath anlässlich der Gewerbegerichtswahl im Wahllokal des Junglingshauses in der Düppelstraße seine Augen durch den schönen Saal schweifen und sprach mit prophetischem Pathos zu seinen Genossen: In diesem schönen Saal werden wir einmal unseren Parteitag abhalten. Ähnlich prophezeite Hohnrath in seinem ersten Flugblatt zur Gewerbegerichtswahl bei Kammer A. Es wurde die Stimmenzunahme von einer Wahl zur anderen triumphierend hervorgehoben und ausgedehnt, daß das Nacher Gewerbegericht mit Bestimmtheit in den Besitz der Genossen gelangen würde. Und nach beiden Wahlen müssen die Genossen einen derartigen Rückgang feststellen! Es ist also in Nachen genau dieselbe Situation wie im übrigen Deutschen Reich, es geht nicht mehr voran im Genossenlager. Was mag die Ursache sein? In Nachen auf den Fabriken behaupten böse Zungen, es sei der ominöse Dösch Schuld, den man im vorigen Jahr auf „Groß-Tivoli“ gebraten. Man habe sich über die Hönner nicht einigen können und sei dieserhalb in Streit geraten. Es können aber auch andere Ursachen sein. Tatsache ist aber, daß Unstimmigkeiten im Genossenlager bestehen. Dieses bekommt die christliche Arbeiterchaft jedesmal zu spüren, wenn im Genossenlager Stank herrscht. Dann suchen die Genossenschaftler ihre Massen abzulenken und alle Schlechtigkeiten werden erfonnen und die Massen auf die christlichen Arbeiter und ihre Führer losgehakt. Einen Wahlkampf wie den jetzigen hat die christliche Arbeiterchaft in Nachen noch nicht zu befehen gehabt. Alle Zerfahrenheit und Schlechtigkeiten wurden zusammengeworfen, sogar ein eigenes „Taufel-Flugblatt“ wurde herausgegeben. Doch alles hat nichts geholfen. Leider steht diesen scharfen Kämpfen der größte Teil der Nacher Arbeiterchaft noch gleichgültig gegenüber. Wie könnte es sonst vorkommen, daß so viele christliche Arbeiter einer solch wichtigen Wahl fernbleiben. Sind doch über 5000 eingetragene Wähler der Wahl ferngeblieben. Gewiß haben eine Anzahl Arbeitgeber sich geweigert, die Wahllegitimationen auszufüllen. Auf verschiedenen Fabriken haben Büroangestellte teils mit, andere ohne Absicht christliche Arbeiter in die Liste nicht eingetragen. Dies alles entschuldigt aber nicht, daß die eingetragenen Wähler ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Wir hoffen, daß alle christlich denkenden Arbeiter aus der jetzt beendeten Gewerbegerichtswahl das eine gelernt haben, daß bei einer solchen Gleichgültigkeit unsere schärfsten Gegner einen billigen Sieg davon tragen könnten.

Delmenhorst. Eine Vertrauenskundgebung für den Verband und seine Zeitung. Am 1. Oktober hielt gleich nach Peterabend unsere Ortsgruppe eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Sie nahm Stellung zu der traurigen Abhängigkeit der Broschüre. Das Nachwort wurde

vom roten Textilarbeiterverband wie auch vom roten Fabrikarbeiterverband hier am Orte in Massen verbreitet. Leute, die ihre Mitglieder, die arbeitslos sind, durch Sammelgelder unterstützen müssen, haben für solche Zwecke Geld übrig. Für eine Arbeiterorganisation sehr bezeichnend.

Wie wenig die Broschüre ihren Zweck erfüllt hat, konnte man auf der Versammlung merken. Alle Redner sprachen unserer Organisation und dem Zentralvorstande, speziell dem Kollegen Schiffer, ihre volle Anerkennung und volles Vertrauen aus. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 1. Oktober im Deleermann'schen Lokal versammelten christlich-nationalen Textilarbeiter von Delmenhorst weisen mit Entrüstung die vom sozialdemokratischen Textil- und Fabrikarbeiterverband verbreitete, von W. Köhling herausgegebene Verleumdungsbroschüre zurück.

Sie sprechen zu gleicher Zeit ihre Genugtuung darüber aus, daß der Zentralvorstand des christlichen Textilarbeiterverbandes und dessen Vorsitzender, Kollege Schiffer, die Sache dem Gericht übergeben hat. Sie ist überzeugt, daß unsere Organisation die Angelegenheit selbst regeln wird, ohne daß es dazu einer sozialdemokratischen Anregung bedarf.“

Die Versammlung gibt den Genossen den Rat, gefälligst vor ihrer eigenen Tür zu lehren und dort einmal nach dem Rechten zu sehen.

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die reichsgesetzliche Regelung der Wandererfürsorge. Wie die Zahl der Arbeitslosen in den Großstädten und Industriebezirken in der letzten Zeit ständig gestiegen ist, so ist auch schon verschiedentlich berichtet worden, daß die Zahl der Landstrassenproletarier, der arbeits- und obdachlosen Wanderer, in bedeutendem Umfange zugenommen hat. Voraussetzlich wird aber in den nächsten Monaten noch eine wesentliche Vermehrung der wandernden Arbeitslosen eintreten. Die Tatsache, daß sich Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkte und damit eine Vermehrung der wandernden Arbeitslosen schon seit längerer Zeit zeigen, dürfte mit den Anstoß gegeben haben, daß die Reichsregierung, wie offiziös gemeldet wird, dem Reichstag beim Wiederzusammentritt zwei Gesetzentwürfe vorlegen wird, die eine reichsgesetzliche Regelung der Wandererfürsorge herbeiführen sollen. Bisher ist die Wandererfürsorge nur in Preußen durch ein Gesetz geregelt, aber auch hier wurde nicht allzu viel erreicht, weil das Wandererfürsorgegesetz vom Jahre 1907 es den einzelnen Provinzen überließ, ob sie Einrichtungen für wandernde Arbeitslose schaffen wollten oder nicht. In den Provinzen, wo die Großgrundbesitzer in den Provinziallandtagen im besonderen Maße vorherrschten, wurden die Wandererfürsorgeeinrichtungen mit mißtrauischen Augen betrachtet, wohl deshalb, weil die Großgrundbesitzer annahmen, durch eine Wandererfürsorge könnte die Wanderlust der Landarbeiter befördert werden. So sind denn auch in Pommern, Posen, Westpreußen und Ostpreußen keine Stätten für wandernde Arbeitslose eingerichtet worden. Da augenscheinlich der fakultativen Wandererfürsorge nichts zu erreichen ist, so sucht die Reichsregierung eine Regelung durch reichsgesetzliche Herbeiführung. Ein endgültiges Urteil über die beiden geplanten Gesetze zur reichsgesetzlichen Regelung der Wandererfürsorge wird sich wohl erst bilden lassen, wenn die Gesetzentwürfe im Wortlaut vorliegen. Im Prinzip kann aber den Vorschlägen nur zugestimmt werden; eine Regelung über das ganze Reich ist jedenfalls immer zweckmäßiger als eine landesgesetzliche Regelung und namentlich, wenn es in das Belieben der einzelnen Provinziallandtage gestellt ist, ob sie das Gesetz zur Anwendung bringen wollen oder nicht.

Nach dem Wandererfürsorgegesetz sollen in allen Teilen des Reiches Wandererfürsorgeeinrichtungen errichtet werden, in denen arbeitslose Wanderer gegen gewisse Arbeitsleistungen Beschäftigung und Logis erhalten. Neben den Wandererfürsorgeeinrichtungen, in denen wandernde Arbeitslose vorübergehend eine Unterkunft finden können, sollen auch noch Arbeitsheime eingerichtet werden, in denen arbeitslose Wanderer für längere Zeit aufgenommen werden können. Die Wandererfürsorgeeinrichtungen, auch Verpflegungsstationen genannt, sind ja schon seit längerer Zeit bekannt; sie existieren im Königreich Württemberg, in den Provinzen Hessen-Nassau, Westfalen, Hannover, Sachsen und Schlesien. Die Arbeitsheime aber sind als eine neue Einrichtung gedacht, etwa nach Art der sogenannten Arbeiterkolonien, die von Vereinen gegründet sind und in denen Arbeitslose ja auch für eine längere Zeit Aufnahme finden. Die Einrichtung solcher Arbeitsheime, in denen arbeitslose Wanderer für eine längere Zeit ein Unterkommen finden können, müßte zweifellos als eine wesentliche Verbesserung des Lebens der wandernden Arbeitslosen angesehen werden; namentlich wäre von der Einrichtung solcher Arbeitsheime eine Verringerung der Zahl der Deklassierten zu erwarten; denn gerade ein langes Wandern auf der Landstraße führt bei vielen wandernden Arbeitslosen dazu, daß sie sich dem Schnapsteufel ergeben, für eine regelmäßige Beschäftigung und für ein geordnetes Leben unbrauchbar werden. Ob die Arbeitsheime den Zweck erfüllen würden, den sie haben sollen, das wird allerdings viel davon abhängen, wie diese Arbeitsheime eingerichtet sein werden. Das vorgeschlagene Gesetz enthält ja die Bestimmung, daß der Aufenthalt in den Wandererfürsorgeeinrichtungen und in den Arbeitsheimen nicht als Armenunterstützung angesehen werden darf, aber es wäre auch zu fordern, daß diese Einrichtungen keinen gefängnisartigen Zuschnitt erhalten, und daß das Aufsichtspersonal aus Leuten besteht, die ihrem Aufgabebereich nach allen Richtungen hin gewachsen sind. Für solche Einrichtungen einfach Beamte nach dem Schema F wählen, würde zweifellos zu Mißerfolgen führen. Ein

anderer Gesetzentwurf, der damit zusammenhängt, der aber hier von geringerem Interesse ist, will eine Änderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz herbeiführen. Danach sollen die betreffenden Landarmenverbände verpflichtet werden, dem Ortsarmenverbände notwendige Ausgaben für Wanderarme zurückzuerstatten ohne Rücksicht darauf, ob der Wanderarme einen anderen Unterstützungswohnsitz hat oder nicht. Vielleicht wird noch auf die beiden Gesetzentwürfe eingegangen werden müssen, wenn sie dem Reichstag unterbreitet werden.

### Versammlungskalender.

- Amern St. Georg. 19. Oktober, 11 Uhr, im Lokale Wwe. Bernhard Claben, Generalversammlung.
- Barmen. 25. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Merkin, Parlamentstr. 1. Burgwalbüchel. 19. Oktober, 11 Uhr, bei Jakob Klüfer, Generalversammlung.
- Elberfeld. 18. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Lokale Herkenrath, Fischeln. 19. Oktober, 11 Uhr, bei Ludwig Finl.
- M. Gladbach-Blumenberg. 19. Oktober, 6 Uhr bei Peter Hermes, Waldhausenerstraße.
- M. Gladbach-Gickem. 18. Oktober, 8 Uhr, bei Alex Schumacher, Gickenerhöhe, außerordentliche Generalversammlung.
- Greiz (Vogtland). 25. Oktober, 8 Uhr, im Gartenheim des christlichen Arbeitervereins.
- Sermges-Dahl. 18. Oktober, 8 Uhr, im Lokale Stermann (Zum deutschen Eck).
- Sehn. 25. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei Johann Hindes.
- Holt. 25. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei David Ares.
- Ralsdenkirchen. 26. Oktober, 11 Uhr; bei Wirten Hermann Wirtens.
- Ludenscheid. 19. Oktober, 4 Uhr, im Lokale Otto Münnich, Barutherstraße 30, Generalversammlung.
- Neufekf. 19. Oktober, 11 Uhr, bei Joh. Eymann (Kleiner Saal).
- Odenkirchen. 19. Oktober, 10 Uhr, im „Deutschen Eck“.
- Rheinhausen. 19. Oktober, 9 1/2 Uhr, bei Döcker (oben) Generalversammlung.
- Rhebd. 26. Oktober, 11 Uhr, in der Bürgergesellschaft (Bahnhofhotel), Generalversammlung.
- Wanlo. 26. Oktober, nach dem Hochamt, bei Anton Nolden.

### Die gemeinnützige Volksversicherung

des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften schließt Versicherungen bis zur Höhe von 1500 M. ab. 14 tägige Beitragszahlung in Höhe von 20 bis 500 Pfg. Freiwillige Zusatzbeiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme. Vier Tarife: a) Sterbegeldversicherung mit abgekürzter Prämienzahlungsdauer. b) Versicherung auf Todes- und Erbensfall. Fälligkeit der Versicherungssumme beim Tode, spätestens beim Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. c) Versorgungsversicherung. Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. Die Beitragszahlung endet mit dem Tode des Versorgers, spätestens mit der Fälligkeit der Versicherungssumme. d) Kinderversicherung für Kinder im Alter bis zu 14 Jahren. Fälligkeit der Versicherungssumme beim Tode des Kindes, spätestens nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. Teilweise Auszahlung der Versicherungssumme vor Fälligkeit derselben bei Kommunion, Konfirmation, Schulentlassung u. Günstige Bedingungen: Keine ärztliche Untersuchung. Zweimonatige Zahlungsfrist. Größtes Entgegenkommen bei Behinderung der Beitragsleistung. Unverfallbarkeit. Wiederaufnahme der Beitragsleistung eventl. auch ohne Nachzahlung. Einschluß der Kriegsgefahr (nach fünf Jahren ganz, vorher zu bestimmtem, steigendem Prozentsatz). — Die gemeinnützige Volksversicherung D. V. A. G. steht unter ständiger Kontrolle eines Reichskommissars. Mindestens 80% des Gewinns fließt den Versicherten wieder zu. Die Dividende der Aktionäre darf jahungsgemäß 4% nicht übersteigen. — Auskunft erteilen bereitwillig die Vertrauensleute des Verbandes. Von ihnen erbitten man auch die Prospekte und Aufklärungsschriften.

### Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- Peter Dickino in Krefeld.
  - Wilhelm Wallrecht in Elberfeld.
  - Ww. Niebues in Bocholt.
  - Frau Chastener in Viersen.
  - Heinrich Steube in Gütersloh.
  - Johann Neumann in Eupen.
  - Kohrad Pesch in Krefeld.
  - Theresia Blos in Kolbemoor.
  - Leonard Philippen in M.-Gladbach.
  - Pauline Lehmann in Greiz.
  - Julius Thomassock in Delmenhorst.
  - Antonia Wamme in Schirgiswalde.
  - Joseph Treermann in Ochtrup.
  - Mathias Brungs in Viersen.
  - Theresia Kohrmann in Spessart.
- Ehre ihrem Andenken!

### Literarisches.

Meyers Orts- und Verkehrs-Lexikon des Deutschen Reichs. Fünfte, vollständig neubearbeitete und vermehrte Auflage. Auf Grund amtlicher Unterlagen von Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden herausgegeben von Dr. E. Uetrecht. Mehr als 210000 Artikel und Verweisungen mit 52 Stadtplänen, 19 Umgebungs- und Uebersichtskarten sowie einer Verkehrsarte und vielen statistischen Beilagen. Zwei Bände in Leinen gebunden zu je 18 M. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Der soeben ausgegebene zweite (und Schluß-) Band von „Meyers Orts- und Verkehrs-Lexikon“ ist noch umfangreicher als der im Herbst vorigen Jahres erschienene erste. Die beiden stattlichen und gewichtigen Bände umfassen zusammen 2338 Großoktavseiten und enthalten auf doppelt soviel Spalten mehr als 210000 Artikel und Verweisungen. Da gibt es aber auch keine selbständige Siedlung in Deutschland, die hier nicht zu finden wäre und von der man nicht genaue Angaben über ihre geographische Lage erhielt und erfahren könnte, zu welchem Staate, zu welcher Provinz, zu welchem Regierungsbezirk, Kreis, Bezirksamt usw. sie gehört, wieviel Einwohner sie hat, welches Gericht, Bezirkskommando, Standesamt für sie zuständig ist, ob sie Post-, Telegraphen- oder Fernsprecherverbindung hat und welche die nächste Bahn- oder Dampferstation ist. Aber nicht das allein, es unterrichtet auch über die im Orte bestehenden Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden, über Handel und Industrie, Berufsgenossenschaften, Märkte, Servistklasse und vieles andere mehr. Die Angaben des Werkes beruhen auf amtlichen Unterlagen und erreichen den denkbar höchsten Grad von Zuverlässigkeit und Vollständigkeit. Mit großem Geschick sind in das Werk die Verkehrsangaben hineingearbeitet. Besondere Artikel sind den schiffbaren Wasserstraßen gewidmet und dabei Bemerkte über ihren Lauf, ihre Abzweigungen, Höhenmarken, Kilometerlängen, Schleusen sowie Angaben über Art der Schifffahrt, Abgaben, Flößerei usw. gemacht. Dagegen sind die Staats- und Kleinbahnen mit ihren Bahnstrecken und Stationen sowie die Personenschnellpost- und Automobilverbindungen jeweils im Zusammenhang mit den durch sie verbundenen und berührten Ortschaften angeführt. Wo derartige Verbindungen fehlen, ist stets die nächstgelegene Station für Bahn- oder für Schiffsverkehr und ihre Entfernung in Kilometern angegeben und kenntlich gemacht, ob sie dem Personen-, dem Güter- oder dem Gesamtverkehr dient. Bei Orten mit einer Kleinbahnstation ist die Uebergangsstation von der Staatsbahn auf die Kleinbahn vermerkt. Höchst wertvoll sind die dem Werke beigegebenen zahlreichen farbigen, hervorragenden gut ausgeführten Stadtpläne und Umgebungsarten, von denen die „Verkehrs- und Reisekarte von Deutschland“ und der „Plan von Groß-Berlin“ zur bequemen Handhabung lose beigegeben sind, während die anderen Pläne und Karten jeweils bei dem betreffenden Ortsartikel erscheinen. Ausführliche Straßenverzeichnisse ermöglichen es dem Benutzer, sich sofort über die Lage der Straßen, der öffentlichen Gebäude, über die Straßenbahnlinien usw. zu unterrichten und das zuständige Amtsgericht, Bezirkskommando, Standesamt und Postbestellamt festzustellen. Die Plan- und Kartenbeigaben wären schon für sich selbst ein höchst verdienstvolles Unternehmen. Außer ihnen bringt „Meyers Orts- und Verkehrs-Lexikon“ aber auch noch einen Anhang mit Uebersichten über Deutschlands Gerichtswesen, über die Verfassung und politische Einteilung des Reichs, über Postwesen, Eisenbahnenwesen, Einteilung und Standorte der deutschen Wehrmacht, über die Reichsbank und ihre Zweige, die Handels- und Landwirtschaftskammern, die Konsulate, den Binnen-schiffsverkehr, über Münzen, Maße und Gewichte, eine Hinastabelle u. a. Eine solche Vielseitigkeit läßt das Werk mit dem an sich spröden Stoff kaum ahnen. Jedenfalls wird es darin von keinem Unternehmen ähnlicher Art erreicht. Was man sich sonst an geographischen, verkehrstechnischen, wirtschaftlichen und statistischen Angaben mühsam aus vielen Nachschlagebüchern zusammensuchen mußte, hier ist alles planvoll, übersichtlich, zuverlässig und erschöpfend zusammengetragen und damit ein noch dazu preiswertes Werk geschaffen worden, von dem man dreist behaupten kann, daß es in den einschlägigen Fragen nirgends umsonst zu Rate gezogen wird. Wer erst einmal seine Vorzüge kennen gelernt hat, wird es nie mehr missen wollen. Es ist unentbehrlich für alle Behörden und Kontore und verdient wirklich unumschränktes Lob.

### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Zur Nachetat des entlassenen Verbandsbeamten Köhling. — Die Aktion für den freien Samstagnachmittag. — Sie fatten um. — Familien: Die Verarbeitung von statistischem Material. — Allgemeine Rundschau: Handelspolitik und Arbeiterinteressen. — In die Suppe gepackt. — Fahrgeld und Steuerpflicht. — Schäden der Fabrikarbeit der Frauen. — Gemeindeverwaltung und Fleischversorgung. — Teuerung und Lebenshaltung. — Textilarbeiterkampf in England. — Aus unserer Industrie: Konjunktur und Arbeitsmarkt, mit besonderer Berücksichtigung der Textilindustrie. — Die voraussichtliche Baumwollenernte in Rußland. — Aus dem Verbandsgebiete: Aus unseren Bezirken: Ordentliche Jahreskonferenz des Bezirks Krefeld. — Die ordentlichen Bezirkskonferenzen für Brandenburg-Sachsen-Thüringen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Nachen. — Delmenhorst. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Die reichsgesetzliche Regelung der Wandererfürsorge. — Versammlungskalender. — Die gemeinnützige Volksversicherung. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.